

Politische Berichte



Nullrunde
S. 3/4

Der Euro fällt
S. 4/5

Europäisches
Tribunal gegen
Nato-Krieg
S. 6

Studentenproteste
im Iran
S. 8

Streiks im Einzel-
handel gehen in
die 7. Woche
S. 15

PDS: Fragen zum
Programm
S. 18



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN-Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32 ... und Ost Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

PRO LAUSCHANGRIFF: Der Bundesnachrichtendienst (BND) darf den drahtlosen internationalen Fernmeldeverkehr auch in Zukunft abhören. Das Bundesverfassungsgericht billigte am 14. Juli die 1994 im sog. „Verbrechensbekämpfungsgegesetz“ beschlossene Erweiterung seiner Überwachungsbefugnisse. Bis 1994 durfte der BND nur bei Gefahr eines bewaffneten Angriffs auf das Territorium der BRD abhören. Seitdem darf er auch bei Verdacht auf internationalen Terrorismus, Drogen- und Kriegswaffenhandel, Geldfälschungen und andere Straftaten abhören. Über 100 000 Auslandsverbindungen werden seitdem täglich vom BND belauscht, 4 000 davon aufgezeichnet, so der Bundes-Datenschutzbeauftragte. Dagegen hatten der Hamburger Strafrechtsprofessor Köhler, Datenschützer, die Zeitung *taz* und andere geklagt. Das Verfassungsgericht entschied: der BND darf weiter massenhaft abhören. Nur der Verdachtsgrund „Geldfälschungen im Ausland“ muß gestrichen werden. Außerdem wird die Weitergabe der BND-Ergebnisse an andere Behörden normiert und eingeschränkt. „Im Grundsatz kann der BND seine Lauschangriffe auf Privatsphäre und Grundrechte der Bürger nun fortsetzen und sogar ausweiten. Und das in einem Land, in dem Polizei und Geheimdienste ohnehin schon Weltmeister im Abhören sind“, kritisierte die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke.

CONTRA „SPARPAKET“: Städte und Gemeinden befürchten infolge des von Finanzminister Eichel vorgelegten „Sparpakets“ für den Haushalt 2000 Mehrbelastungen von zusammen 4,1 Milliarden DM. Am vergangenen Donnerstag sprach eine Delegation der Städte und Gemeinden und ihrer Verbände mit Schröder – ohne Ergebnis. Die Belastungen der Kommunen entstehen aus der geplanten neuen Wohngeldregelung, der Anhebung des Kindergeldes, der Änderung der Arbeitslosenhilfe und der Übertragung der Unterhaltsvorschüsse auf die Kommunen. Ein neues Treffen soll Ende August stattfinden.

TÜRKEI-REISE: Im Vorfeld der Türkei-Reise von Außenminister Fischer am 21. und 22. Juli haben Friedens- und Menschenrechtsorganisationen an die Bundesregierung geschrieben (s.a. S. 5). In der vom Kölner „Dialog-Kreis“ initiierten Erklärung heißt es u.a.: „Das ernst zu nehmende, eindringliche Plädoyer Öcalans darf weder in der Türkei noch im befreundeten Ausland auf taube Ohren stoßen. Es muß als eine Chance begriffen werden, endlich zu einer friedlichen, politischen Lösung des Kurdenproblems in der Türkei zu kommen ... Statt der Lieferung von Waffen, wie unter der Kohl-Regierung, geht es nun auch darum, die EU-Beitrittsperspektive mit ihren unabdingbaren menschenrechtlichen und demokratischen Voraussetzungen zu gestal-

ten. ... Eine verbindliche EU-Agenda für Beitritt, Demokratie und Frieden ist vonnöten.“ „Auch über das Todesurteil gegen Öcalan gilt es zu sprechen ... Zu sprechen ist auch über die politischen Gefangenen Ankaras, die häufig eingekerkert wurden, nur weil sie eine friedliche politische Lösung des Kurdenproblems im Rahmen der Türkei forderten.“

Unterzeichnet ist die Erklärung vom Aachener Friedenspreis, Flüchtlingsräten, Humanistische Union, Internationale Liga für Menschenrechte, Komitee für Grundrechte, Medico, Pax Christi u.a.

WEHRDIENST FÜR FRAUEN: Verteidigungsminister Scharping hat in der *Bild*-Zeitung angekündigt, den Militärdienst von Frauen auszuweiten. Künftig sollten Frauen außer im Sanitäts- und Musikbereich auch im Wachdienst – „also auch mit der Waffe“ – eingesetzt werden. Vertreter von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen unterstützten den Vorschlag, die Grüne Angelika Beer forderte zugleich die Abschaffung der Wehrpflicht. Bei einer Freiwilligenarmee, so Beer martialisch, müßten Frauen auch an Kampfeinsätzen teilnehmen, d.h. in Kauf nehmen, „zum Töten ausgebildet und im Fall eines Kriegseinsatzes auch getötet zu werden“. Die PDS-Abgeordnete Lippmann-Kasten lehnte den Scharping-Vorstoß ab. Statt die Rekrutierungsbasis der Bundeswehr zu vergrößern, müsse sie erheblich verkleinert und die Wehrpflicht sowie der zwangsweise Zivildienst abgeschafft werden. Das Grundgesetz verbietet bislang in Artikel 12a den Waffen-dienst von Frauen.

BALKAN-EXPANSION: Bis Jahresende will Bundesinnenminister Schily alle 15 000 Kosovo-Flüchtlinge, die während des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien in die BRD kamen, wieder zurückgeschickt haben. Offen sei noch, ob auch albanische Straftäter wieder abgeschoben würden, so der Minister. Von den ca. 300 000 hier lebenden albanischen Wanderarbeitern und Flüchtlingen sind ca. 100 000 abgelehnte Flüchtlinge, denen nun die Abschiebung droht. Gleichzeitig drängt die Wirtschaft auf mehr Balkan-Geschäfte. Der Geschäftsführer der AG Außenwirtschaft der Deutschen Wirtschaft (AGA), Michael Pfeiffer, verlangte mehr Aufträge für deutsche Unternehmen. Die gesamte Region Südosteuropa müsse „Zielregion für die deutsche Wirtschaft“ sein. Für Slowenien soll das Bundeskabinett letzte Woche eine Bürgschaft von 41,9 Mio. DM für Aufträge an deutsche Unternehmen zur Modernisierung eines Atomkraftwerks übernommen haben.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Vom 20. bis 23. Juli konstituiert sich in Brüssel das neu gewählte EU-Parlament. Am 21./22. Juli reist Fischer nach Ankara. Bundestag und Bundesrat beginnen ihre Sitzungen wieder am 6. September.

Schröder-Regierung legt sich mit den Gewerkschaften an

Nachdem der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Beck seinen Nullrundeneinfall placierte, schlugen wenig später der Fraktionsvorsitzende der SPD, Struck, und der parteilose Wirtschaftsminister Müller in dieselbe Kerbe. Der Einfall verfestigte sich zusehends zur Regierungsmeinung. Die Meinungsforschung sagt allerdings, daß über die Hälfte der Bürger gegen das Projekt sind, nur ein Drittel dafür. IG-Metall-Zwickel nennt es „Nullrundengefasel“. Die Schröder-Regierung hat sich also ganz schön was vorgenommen. Sie will die öffentliche Meinung in einer wichtigen Frage wenden, und sie will die Gewerkschaften als regierungsabhängige Vereine abstempeln und das auch noch in aller Öffentlichkeit.

Für dieses üble und riskante Vorgehen muß die Schröder-Regierung starke Gründe haben.

Ein Grund liegt ganz gewiß in der Vergangenheit. Nachdem die sozialliberale Koalition mit Willy Brandt die Bundestagswahl 1972 gewonnen hatte, traten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit einer Lohnförderung von 180 DM mindestens an und setzten sich in einer

großen Streikbewegung gegen die Regierung, zuständiger Innenminister war Genscher, FDP, durch. Wenig später stürzte Brandt, der Genschers auf Erhaltung von Niedriglöhnen bedachte Verhandlungsführung nur lau unterstützt hatte. Es folgte Schmidt, der sozialpolitisch härter agierte, aber an der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik festhielt, die gewerkschaftlichen Interessen in vieler Hinsicht entgegenkam. Die Regierung Schmidt/Genscher war indessen nicht in der Lage, die Inflationsrate, die zwischen fünf und zeitweise sogar über zehn Prozent pro Jahr lag, zurückzuführen. Die Konjunkturprogramme griffen nicht, die Staatsverschuldung überschritt die von der Verfassung gesetzte Marke (Wert der öffentlichen Investitionen). Schließlich ging die FDP ins Bündnis mit der Union, und es folgte der Wechsel zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Seitdem hält sich bei SPD-Analysten hartnäckig die Meinung, die SPD habe sich von den Gewerkschaften die volle Handlungsfreiheit einschränken lassen, und daran sei sie letztlich gescheitert. Mit dem von Zwickel vielleicht unterschätzten Nullrundenges-

fasel symbolisiert die Schröder-Regierung gegenüber den Gewerkschaften Handlungsfreiheit, ja sogar einen Leistungs- und Führungsanspruch. Allerdings muß sich erst noch herausstellen, ob diese Symbolik auch Geltung hat, denn es gibt ja die Tarifrunden und Lohnbewegungen.

Obwohl die Bedeutung der Gewerkschaften in der öffentlichen Diskussion der letzten Jahre systematisch heruntergespielt wird und obwohl Mitgliederverluste und große Schwierigkeiten bei den notwendigen Anpassungen und Umbauten der Organisation die Gewerkschaften in den letzten Jahren tatsächlich erheblich schwächen, gibt es auch Anzeichen für eine Belebung. Wenn z.B. Bankangestellte zu Aktionen und Streiks neigen, hat sich die Fessel der Loyalität gelockert, es besteht ein Boden, auf dem gewerkschaftliches Denken, Handeln

und Organisation Fuß fassen können. So etwas gefährdet die Idee der Neuen Mitte.

Und nicht nur die Idee. Was wäre denn die Wirkung solcher Nullrunden?

In dem großen Beschäftigungsbereich, in dem die Entlohnung durch Tarife geregelt wird, entstünden Kaufkraftverluste. Die Steuerprogression macht aus Lohn- und Gehaltsabschlüssen in Höhe der Inflationsrate Minusabschlüsse. Null heißt hier Minus.

Für den Staat, der die Lohnsteuer erhebt, würden solche Abschlüsse allerdings umgekehrt ein Wachstum der Einnahmen oberhalb der Inflationsrate bedeuten. Null heißt hier Plus.

Den Betrieben würde bei solchen Nullrunden das gesamte Wirtschaftswachstum als Profitwachstum zufallen. Ein warmer Regen, der nicht nur auf die Anteilseigner niedergehen würde, sondern auch auf die oft so genannten Beserverdienden, in deren Gehaltzahlungen Profitanteile enthalten sind. Für sie würde die Nullrunde auf ein Doppelplus hinauslaufen, denn erstens dürfen ihre außertariflichen Einkommen nicht den Tarifen nachhinken (wo bliebe da der Leistungsgedanke), und zweitens müssen sie am Wachstum der Gewinne beteiligt werden (wo bliebe sonst die Loyalität).

Die Projektion des Nullrundengedankens in die soziale Welt zeigt, daß sich Nutzen und Lasten strukturiert verteilen. Neben den Kapitaleignern sind die

Beck fordert Lohnanstieg nur nach Inflationsausgleich

Hamburg (dpa) – Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Beck (SPD) hat sich in die Diskussion um das „Bündnis für Arbeit“ eingeschaltet. In der „Bild am Sonntag“ forderte Beck auch für alle Arbeitnehmer eine eingeschränkte Lohnanhebung in Höhe der Inflationsrate. Nicht nur die Rentner sollten zwei Jahre lang kürzer treten. Beck sagte, der Lebensstandard sei so gut, daß diese Kraftanstrengung zumutbar sei. Die Gewerkschaften nannten den Vorschlag „blöd“ und sprachen von „Unfug“.

Tarif-Nullrunde: Gewerkschaft ÖTV geht auf Konfrontationskurs

Hamburg (dpa) – Der Streit um Nullrunden für Arbeitnehmer verschärft sich. Die Gewerkschaft ÖTV drohte am Wochenende mit Protestaktionen, falls die Einkommen der öffentlich Beschäftigten nur um die Inflationsrate steigen würden.

Für die Einführung von Niedriglöhnen sprach sich der nordrhein-westfälische SPD-Wirtschaftsminister Peer Steinbrück aus.

Die umstrittenen Vorschläge des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck (SPD) nach zwei realen Nullrunden für alle Arbeitnehmer sind nach Auffassung des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Peter Struck, ein „wichtiges Thema“ für das Bündnis für Arbeit.

Weiter Streit um Nullrunden – Müller fordert Zurückhaltung

Hamburg (dpa) – Der Streit um Nullrunden für Arbeitnehmer spitzt sich weiter zu. Der IG-Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel forderte ein Ende des „Nullrundengefasels“ – es gefährde das bisher im Bündnis für Arbeit Erreichte.

ÖTV-Chef Herbert Mai sagte am Wochenende, seine Gewerkschaft werde sich keinem Tarifdiktat beugen und drohte mit Protestaktionen, falls die Einkommen der öffentlich Beschäftigten nur um die Inflationsrate steigen. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) betonte im Gegenzug, die angespannte Haushaltsslage in Bund, Ländern und Gemeinden werde Auswirkungen auf die Tarifverhandlungen haben.

Bundeswirtschaftsminister Werner Müller (parteilos) mahnte die Tarifpartner im ZDF grundsätzlich zur Zurückhaltung. In seinem von der „Welt am Sonntag“ zitierten „Wirtschaftsbericht 1999“ fordert er einen harten Kurswechsel zu mehr Eigenverantwortung. Weiter betonte Müller in dem Bericht, der diese Woche veröffentlicht werden soll, die Tarifpartner trügen direkt Verantwortung für die Entwicklung der Beschäftigung und damit auch der Arbeitslosigkeit. Die Tarifverträge sollten künftig unter ande-

rem die Unterschiede von Qualifikationen, Regionen und die jeweilige Lage am Arbeitsmarkt beachten.

Struck sagte der „Bild am Sonntag“: „Für die Beamten wird es lediglich einen Inflationsausgleich geben, wobei man den niederen Beamten entsprechend etwas mehr geben kann als den höheren.“ Aber in der Endsumme bleibe es ein Inflationsausgleich. Für alle anderen Arbeitnehmer sei das auch ein „denkbarer Ansatz, um voranzukommen“.

Wirtschaftsweiser unterstützt Vorstoß Müllers

BERLINER ZEITUNG, 19. Juli. Der Wirtschaftsweise Jürgen Kromphardt hält den Vorstoß von Bundeswirtschaftsminister Werner Müller (parteilos) für eine Neuaustrichtung der Wirtschaftspolitik „prinzipiell für richtig“ ... Kromphardt war Anfang des Jahres in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage („Rat der fünf Weisen“) berufen worden. Er folgte dem Arbeitsmarktökonomen Wolfgang Franz, der auf Druck der Gewerkschaften seinen Stuhl räumen mußte. Der Berliner gilt als gewerkschaftsnah.

Kromphardt unterstützte das Ziel Müllers, die staatlichen Transferleistungen zu reduzieren, äußerte sich jedoch zurückhaltend zu den Erfolgsschancen ... Die Rückführung sozialer Leistungen des Staates müsse differenziert vorgenommen werde, sagte Kromphardt. Nicht zu rechtfertigen seien beispielsweise die überproportional hohen Beamtenpensionen. Im Vergleich zu den noch tätigen Beamten erreichten Beamtenpensionäre im Durchschnitt höhere verfügbare reale Einkommen ...

Gesunde und erwerbsfähige Arbeitskräfte sollten künftig nicht mehr damit rechnen können, ohne Gegenleistungen staatliche Hilfen empfangen zu können. Erwerbsfähige junge Menschen sollten künftig keine oder nur noch eine abgesenkte Sozialhilfe empfangen, wenn sie vom Arbeitsamt angebotene Stellen oder Qualifizierungsmaßnahmen mehrfach abgelehnt hätten, sagte Kromphardt. Bislang könnten die Mitarbeiter der Sozialämter nach eigenem Ermessen entscheiden, ob sie die Sozialhilfe kürzen, wenn der Betroffene Arbeitsangebote abgelehnt hätte. Aus dieser "Kann-Bestimmung" sollte eine "Muß-Bestimmung" werden.

Der Wirtschaftsweise unterstützte die Forderung Müllers nach einer stärkeren Differenzierung der Löhne für weniger produktive Regionen, Branchen und Unternehmen, sprach sich allerdings gegen die generelle Senkung der Tariflohnzuwächse unter die Produktivitätssteigerungen aus. Sinke das gesamtwirtschaftliche Lohnniveau unter das Niveau des Produktivitätszuwachses würde das Mehrangebot nicht durch mehr gesamtwirtschaftliche Nachfrage aufgefangen.

aus: www.berlinonline.de

→
Nullrunden-Diskussion dokumentiert

Verwalter der Staats- und Firmenetsats, die Führungskräfte in Politik und Wirtschaft begünstigt, sie haben es in ihren Funktionen leichter, und es fließt auch was in ihre Taschen.

Diese Art von Rücksicht auf Klienten aus der Neuen Mitte bringt die SPD auf Konfliktkurs zur Gewerkschaftsbewegung. Wie will die Schröder-Regierung diesen Konflikt durchstehen?

Schröder sagte, seine Regierung wolle die Arbeitslosigkeit bekämpfen und sich an Erfolg oder Mißerfolg in dieser Frage messen lassen. Da weder die SPD noch die Grünen kommunal- oder genossenschaftswirtschaftliche Konzepte entwickelt haben, hängen sie mit diesem Versprechen ganz von Akti-

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, kritisierte die Art und Weise der Vorschläge Becks. Er sagte dem Berliner „Tagesspiegel“ (Sonntag): „Im Bündnis für Arbeit ist wichtig, daß Vertrauen entsteht. Und da muß man sich sehr genau überlegen, ob für eine politische Forderung an die Tarifpartner (...) jetzt der richtige Zeitpunkt ist.“

vitäten der Kapitalisten ab. Dabei wirkt zusätzlich, daß das Kapital zwar rechnet, aber nicht nur. Es will auch Entgegenkommen spüren. Und das wird zusätzlich teuer. Ob alles Entgegenkommen des Staates fruchtet und zur Geschäftsausdehnung führt, wer weiß?

Schröder und seine Leute sind weit davon entfernt, Handlungsfähigkeit zu gewinnen. Sie haben sich in die strategische Gefangenschaft der Wirtschaft begeben.

Dem Kapital gegenüber ohnmächtig und ganz auf Hoffnungen angewiesen, versucht man, den Gewerkschaften Abschlußvorgaben aufzuwerthen. Die Provokation ist so brutal, daß sogar Stimmen aus der Wirtschaft warnen. Die Kapitalisten wissen wohl, daß man den Bogen überspannen kann. maf

Der EURO fällt

... und (fast) keiner regt sich auf

Seit ihrer Einführung zu Jahresbeginn ist der Kurs der neuen europäischen Währung EURO nicht etwa, wie vielfach erwartet, gestiegen. Im Gegenteil: Der Kurs des EURO fällt stetig – gegenüber dem Dollar wie gegenüber dem japanischen Yen. Ende letzter Woche mußte auf den Devisenmärkten für einen EURO 1,0201 Dollar gezahlt werden, fast 13 Prozent weniger als zu Jahresbeginn. Das entsprach einem Dollar-DM-Kurs von 1,9173 DM pro Dollar.

Zinsdifferenz treibt Dollar noch oben

Da auf imperialistischen Märkten die mit Kapitalanlagen verbundenen Interessen in der Regel gewichtiger sind als die mit dem Warenverkehr verbundenen, dürfte der Hauptgrund für den sinkenden Kurs des EURO in den Zinsdifferenzen für Kapitalanlagen liegen. In den USA, wo die US-Zentralbank am 30. Juni die sog. „Prime Rate“ von 4,75% auf 5% anhob, liegt der Zinssatz für Staatsanleihen wieder knapp über 6%. In der BRD dagegen lag vergangenen Freitag die „Umlaufrendite“ für festverzinsliche Wertpapiere (im wesentlichen Staats-schuldpapiere) bei 4,5 Prozent. Also locken die US-Zinsen weiter Anleger in aller Welt in US-Schuldpapiere. Die müssen mit Dollars bezahlt werden, folglich steigt die Nachfrage und damit auch der Kurs des Dollar.

Letzten Oktober hatte es noch anders ausgesehen. Da lag der Zinssatz für US-Schatzanleihen bei 4,7 Prozent, unter der

damaligen „Umlaufrendite“ in der BRD. Folglich wurde allgemein ein Anstieg des EURO-Kurses gegenüber dem Dollar erwartet.

Der Anstieg der Zinsen in den USA, unterstützt von der US-Zentralbank, und die gleichzeitige Senkung der Zinsen in EURO-Land (Ende März hatte die Europäische Zentralbank auch ihre Zinsen gesenkt) seitdem haben diese Erwartungen zunichte gemacht. Die Konjunktur in den USA ist so stark, die Nachfrage nach Krediten so hoch, daß auch in nächster Zeit nicht mit einer Umkehr dieser Entwicklung zu rechnen ist. Der „Chefökonom“ der Dresdner Bank, Klaus Friedrich, hält sogar einen Fall des EURO unter den Kurs von 1 Dollar für möglich. „Wenn es eine weitere Zinserhöhung in den USA gibt, wird der EURO mit Sicherheit unter diese Marke fallen“, verkündete er am 13. Juli.

Offenbar stört das die EU-Konzerne wenig. Nur Touristen aus Europa, deren US-Urlaub teurer wird, ärgern sich. Den EURO-Konzernen dagegen verbilligt der sinkende EURO-Kurs ihre Waren auf dem US-Markt und verschafft ihnen so Exportprofite im Warenexport in die USA.

Ob Daimler-Chrysler, SAP, Siemens, Bayer, BASF, Hoechst, Mannesmann, MAN, BMW oder VW: alle melden steigende Marktanteile und Exporterlöse in den USA. Während das Handelsdefizit der USA immer größer wird, erzielen die EURO-Länder einen weiter steigenden Exportüberschuß in die USA.

Das bedeutet auch, daß die EU-Konzerne immer mehr Forderungen gegenüber US-Kunden ansammeln. Auch wenn sie diese Schuldtitel womöglich wegen der höheren Zinsen vorerst in den USA anlegen: immer mehr Eigentümer der US-Schuldpapiere leben bzw. sitzen in EURO-Land.

Ökonomisch störend wäre für die EU-Konzerne nur, wenn der Dollarkurs die Preise für Rohstoffe wie Öl, Erdgas, Erze usw., die weitgehend in Dollar bezahlt werden, stark verteuern würde. Aber da die Rohstoffpreise auf einem lange nicht mehr erlebten Tiefstand sind, stört der steigende Dollarkurs wenig.

Aus (Devisen)-Außenhandel wurde Binnenhandel

Für die innereuropäische Konkurrenz ist der Außenwert des EURO ohnehin uninteressant. Hier herrscht seit Jahresbeginn ein sicherer „Inlandsmarkt“, auf dem jede Gefahr von Kursverlusten besiegt ist. Entsprechend entfesselt ist die Konkurrenz. Weil keine Änderung der Devisenkurse und damit der langfristigen Kalkulationen droht, kann sich z.B. die Deutsche Telekom nun in aller Ruhe von Bangemann ausrechnen lassen, ob sich eine Übernahme der spanischen Telefonica lohnt. Die Übernahmen und Kämpfe der letzten Monate im Automobil-, Fernmelde- und Finanzbereich signalisieren eine neue Runde bei der Konzentration und Monopolisierung von Kapital in EURO-Land. Die festen Wechselkurse erlauben für solche Übernahmen sowohl längerfristige Planung wie rasches Zuschlagen. Weitere Fusionen z.B. im Energie- und Rüstungsbereich sind schon angekündigt. Europaweite Monopolkonzerne, die es mit den größten US-Konzernen und japanischen Konzernen auf allen Märkten aufnehmen können, sind das nächste Ziel.

Auch Touristen sind seitdem vor Kursverlusten im Urlaub geschützt – einer von vielen Gründen, die die griechische Regierung anstacheln, den Anschluß ihres Landes an die EURO-Zone mit Macht zu betreiben.

„What goes up, must come down“

All diese Faktoren führen derzeit dazu, daß sich kaum jemand über den sinkenden EURO-Kurs aufregt. Die Deutsche Bank rät statt dessen ihren Kunden zum Umstieg auf EURO-Anleihen. Ihr „Chefvolkswirt“ Norbert Walter: Je höher der Dollar steige, umso mehr werde er „abwertungsverdächtig“, und je niedriger der EURO rutsche, umso mehr werde er „aufwertungsverdächtig“. Wenn also im nächsten Jahr der Dollarkurs gegenüber dem EURO wieder falle, würden Anlagen in Dollar abgewertet und folglich weniger ertragreich, als sie jetzt aussehen. Wer jetzt EURO-Anleihen billig kaufe, habe dann Zinsgewinn und Aufwertungsgewinn zusammen. EZB-Präsident Duisenberg unterstützte solche Ratschläge letzten Donnerstag. Obwohl der EZB-

Rat keine Zinsanhebung beschloß, verkündete er, der EURO habe „ein klares Potential für einen stärkeren Außenwert“ – also für einen baldigen Wiederanstieg gegenüber dem Dollar. *rül*

Quellen: „Tagesspiegel“, 2. bis 16. Juli 1999

Türkeibesuch

„Herr Fischer, schauen Sie doch mal im Internet vorbei ...“

Am 21./22.7. reist Fischer in die Türkei / Kampagne gegen Rüstungsexporte fordert Waffenembargo gegen Türkei.

Zu Oppositionszeiten den Einsatz deutscher Waffen beklagt, heute „keine Erkenntnisse“ – da hilft der Blick ins Internet!

Zu den Voranfragen deutscher Rüstungsfirmen für eine geplante Panzerlieferung an die Türkei hatten die Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. Winfried Wolf und die PDS-Fraktion am 27. Januar dieses Jahres eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet. Anfang März antwortete das Auswärtige Amt. Die Reaktion unterschied sich in Inhalt und Duktus in keiner Weise von den Antworten der Vorgängerregierungen.

Was zu Oppositionszeiten bitter beklagt und immer wieder der alten Bundesregierung vorgehalten wurde, der Einsatz deutscher Waffen im kurdischen Kriegsgebiet, wurde in wahrhaftiger „Kontinuität deutscher Außenpolitik“ dreist abgestritten. Auf die Frage: „Wie bewertet die Bundesregierung den Einsatz deutscher Waffen durch das türkische Militär gegen die kurdische Zivilbevölkerung und bei grenzüberschreitenden Operationen in der Vergangenheit?“ antwortete die neue Regierung:

„Die Bundesregierung verfügt über keine Erkenntnisse, daß aus Deutschland gelieferte Waffen von den türkischen Streitkräften gegen die kurdische Zivilbevölkerung oder bei grenzüberschreitenden Operationen eingesetzt wurden. Sie ist in der Vergangenheit allen Hinweisen auf einen vermuteten Einsatz durch die Türkei entgegen vertraglichen Zusicherungen oder Endverblebszusagen sehr sorgfältig nachgegangen. Bisher konnte in keinem Fall ein Beweis für einen Verstoß gegen eingegangene Verpflichtungen erbracht werden.“ Das war deutlich. Offensichtlich hatte Staatssekretär Dr. von Ploetz da weitergemacht, wo er zuletzt aufgehört hatte: Unter der Kohl-Kinkel-Regierung war es in dieser Frage zu einer routinierten Übung geworden, die Öffentlichkeit mit der nicht haltbaren Standardformulierung „Es liegen diesbezüglich keine Erkenntnisse vor“ zu täuschen.

Daß die neue Regierung mit dieser absurden Leugnung einer durch unzählige

Zeugenaussagen, Filmdokumente, Fotos usw. belegten Tatsache weitermacht, ist deshalb besonders kurios, weil in der Vergangenheit Parlamentarier der jetzt regierenden Parteien nicht mit deutlichen Kommentaren sparten. So fragte sich z.B. der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Kolbow angesichts der Tatsache, daß das Vorgehen der türkischen Streitkräfte gegen die kurdische Bevölkerung unter Einsatz deutscher Waffen fast täglich für Schlagzeilen sorgte: „Ist die Bundesregierung“, gemeint war die Kohl-Regierung, „blind und taub oder lügt sie einfach nur?“

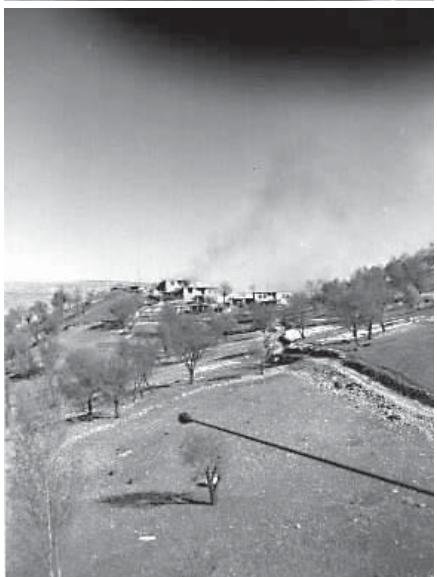
Für die jetzige Regierungspartei Bündnis 90/Die Grünen waren die immensen Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik (die zeitweise, nach der Überlassung der NVA-Waffen einer nahezu kompletten Armeeausstattung gleichkamen und Deutschland zum führenden Waffenlieferanten des NATO-Partners machten) und der vielfach dokumentierte vertragswidrige Einsatz dieser Waffen Grund genug, die Bundesregierung, zusammen mit Menschenrechts- und Friedensorganisationen, wegen Beihilfe zum Völkermord anzuklagen. Auch dazu gibt es zahlreiche eindeutige Stellungnahmen. So sagte u.a. die verteidigungspolitische Sprecherin der Partei, Angelika Beer, in einem Interview zu Oppositionszeiten klipp und klar: „Eine Wende deutscher Außenpolitik hätte spätestens mit dem Nachweis des Einsatzes deutscher – und auch anderer – Waffen gegen die Zivilbevölkerung erfolgen müssen. (...) Der Außenminister ist reif für den Rücktritt.“

Während solche Schlagzeilen wie „Ankara gibt den Einsatz deutscher Waffen gegen die Kurden zu“ (FAZ, 28.3.92), „Deutsche Granaten gegen Kurden / Britischer Bericht: Türken beschossen Sirnak mit deutschen Granaten“ (taz, 17.9.92), „NVA-Panzer überrollt Kurden“ (FR, 8.12.92) drastisch vor Augen führten, welche Konsequenzen die deutsche Türkei-Politik hat, verfügte noch jede Bundesregierung über „keine Erkenntnisse“ zu einem vertragswidrigen Einsatz deutscher Waffen, der ein Rüstungsembaro als Konsequenz haben müßte.

Thomas Klein, Pressereferent der bundesweiten „Kampagne gegen Rüstungsexport, Wiesbaden“, empfiehlt Außenminister Fischer unter <http://www.asrin-hukuk.com/pictures/asker.html> einen Blick zu „riskieren“. Das Istanbuler



Rechtsanwaltsbüro hat dort Fotos eines türkischen Soldaten eingespeist, die einen aus deutschen Beständen gelieferten Panzer vom Typ MTW 113 zeigen, wie er ein kurdisches Dorf beschießt. Am



Panzer vom Typ MTW 113, aus deutschen Beständen geliefert, beschießt kurdisches Dorf.

21./22. Juli könnte Fischer bei seiner Türkei-Reise seinen Gastgebern erklären, daß solche Bilder leider nur ein sofortiges Waffenembargo zur Folge haben könnten - da er sonst gar „reif für den Rücktritt“ wird.

Für die Kampagne steht fest: Solange deutsche Waffen vertragswidrig eingesetzt werden, solange die Menschenrechte im NATO-Partnerland mit Füßen getreten werden, Folter und Mord durch türkische Polizisten, Soldaten und Mitglieder von Spezialtruppen - amnesty international sprach in diesem Zusammenhang in der Vergangenheit sogar von „Todesschwadronen in der Türkei“ - an der Tagesordnung sind, solange ist ein klares Signal gefordert: Ein sofortiges Waffenembargo und Druck auf den NATO-Partner Türkei, einer politischen Lösung des kurdisch-türkischen Konflikts endlich den Weg zu ebnen.

Thomas Klein, Kampagne gegen Rüstungsexporte, Wiesbaden, 7. Juli 1999

Friedensgruppen

Europäisches Tribunal gegen den Nato-Krieg

Am 3. Juli 1999 trafen sich in Berlin Vertreter von Friedensgruppen und -organisationen sowie Einzelpersönlichkeiten. Sie beschlossen die Vorbereitung eines Europäischen Tribunals gegen den NATO-Krieg und eine entsprechende nationale Tagung vom 28.-31. Oktober 1999 in Berlin. Damit hat sich auch in der Bundesrepublik eine Gruppe von Friedensorganisationen vereint, die ähnlich wie das International Action Center und Ramsay Clark in den USA eine öffentliche Verurteilung des Natokrieges und der Kriegsschuldigen anstrebt. Das entspricht auch der besonders aktiven Rolle, die die Bundesrepublik im Verein mit den anderen europäischen NATO-Staaten bei der Vorbereitung und Durchführung des Krieges spielt und spielt.

Die Tribunalidee wurde seit Mai gleichzeitig von verschiedenen europäischen Partnern entwickelt, die sich an die heute versammelten deutschen Organisationen mit dem Vorschlag gewendet hatten, dabei eng zusammenzuarbeiten. Das wurde auch auf dem Kasseler Friedensratschlag, der Zusammenkunft der Friedensgruppen der Bundesrepublik Deutschland, aufgegriffen. Zu den Initiatoren zählen z. B. die Menschenrechtsorganisation und der Antifaschistische Bund Bulgariens, die Humanistische Ärzteorganisation Tschechiens, die Schweizer Friedensbewegung, eine Gruppe von 20 Vertretern und Richtern des Obersten Verwaltungsgerichts Griechenlands und eine italienische Gruppe von Persönlichkeiten. Auch Vertreter der russischen Duma sowie Polens zählen dazu. Von der Vielzahl vertretener Organisationen aus der Bundesrepublik - und

gewissermaßen stellvertretend für das Anliegen aller - sei die erst im Ergebnis des Krieges entstandene Organisation „Mütter gegen den Krieg“ hervorgehoben. Inzwischen gibt es zahlreiche Kontakte zu Friedensgruppen anderer Länder, die auch eigene nationale Veranstaltungen und Tribunale über den Krieg vorbereiten. Es wird im Ergebnis der Beratung von den Teilnehmenden beschlossen, ein gemeinsames Europäisches Tribunal zu veranstalten und die Friedensbewegung mit diesem Projekt wieder stärker zu vernetzen. Sie will eine wirksame Gegenmacht gegen die Politik werden, eine ‘Neue Weltordnung’ auch mit militärischer Gewalt durchzusetzen sowie zur Verhinderung weiterer drohender Kriege und neuer Runden des Wettrüsts beitragen.

Rechtsanwalt Professor Erich Buchholz sprach auf dieser Beratung zu völkerstrafrechtlichen Aspekten der Tätigkeit eines Tribunals. Er führte unter anderem aus, daß sowohl nach den von der UN-Vollversammlung bestätigten Nürnberger Prinzipien, wie auch nach dem Statut des Ad-hoc-Jugoslawien-Tribunals, wie des Statuts eines Internationalen Strafgerichtshofs von Rom 1998 Kriegsverbrechen im weiteren und engeren Sinn, Völkermord u.a. Verbrechen gegen die Menschlichkeit strafbar sind, worunter auch die NATO-Aggression gegen Jugoslawien fällt.

Auf einem Europäischen Tribunal werden Kläger aus verschiedenen Ländern das Verbrechen des Krieges offenlegen.

Es wurde eine Reihe von Expertengruppen zur Rolle der NATO und ihrer neuen Strategie, zur Wahrung des Völkerrechts sowie der Menschenrechte, zu den Aufgaben der Medien, die sich praktisch wie eine kriegsführende Partei verhielten, sowie zur Rolle der Geheimdienste konstituiert, die einer komplexen Klage zuarbeiten. Eine besonders wichtige Rolle spielt eine Gruppe zur Erhebung von Kriegsverbrechen in diesem Krieg, von personellen und materiellen Schäden, Schäden an Ökonomie, Kultur und Umwelt.

Die Zusammenkunft ruft alle interessierten Friedensgruppen auf, zu einer nächsten Beratung am 31. Juli in Berlin zusammenzutreffen. Sie ruft alle friedensbewegten Gruppen und Persönlichkeiten auf, durch Übermittlung von Materialien, Herstellung von Kontakten zu ausländischen Friedensbewegungen sowie durch Spenden für die Durchführung des Tribunals zum Gelingen beizutragen.

Komitee zur Vorbereitung eines Europäischen Tribunals über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien (Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland)

Adresse: AG Tribunal c/o GBM, Weitlingstr. 89, 10317 Berlin, Tel: 030-5594969, Fax: 030-5556355. Spendenkonto: GBM, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Kto 3359600, Stichwort: Frieden. E-mail: gbmv@t-online.de

Protesttag afrikanischer Frauen

Erstmals wird in Westafrika ein Aktionstag zur Stärkung der Rolle der Frau durchgeführt. Am 29. Juli soll in Burkina Faso, in Kamerun, Gambia, Ghana, Liberia, Nigeria, Senegal und Togo das Startsignal erfolgen.

Es geht dabei um einen Angriff auf die scheinbar naturgegebene Rolle der Frau, die durch Gesetze und Kulturen davon ausgeschlossen ist, Land und anderes Eigentum in ihrem Namen zu besitzen, beziehungsweise auch zu erben.

Während sich die großen Staatsfürsten der afrikanischen Länder bei der OAU-Konferenz in Algier ein Stell-dickein gaben, wurde dieses Thema nicht problematisiert. Dort ging es um die scheinbar unlösbar Konflikte innerhalb den afrikanischen Länder, wie im Kongo, in Angola, in Liberia, in Sierra Leone und noch einigen anderen Staaten. Dabei ist der Kontinent keineswegs die Ausnahme, wenn es um anhaltende kriegerische Auseinandersetzungen geht. Europa hat es immer vorgemacht, es hat zuletzt in Jugoslawien das „beste“ Beispiel geliefert, mit welchen Methoden strategische Vormachtstellungen gehalten oder ausgebaut werden.

Mit der OAU hatte Afrika bislang aber immer ein Gremium, in dem versucht wurde, sich gegenseitig die Grenzen nicht streitig zu machen und jeweils Delegationen und „Peace-Keeping-Forces“ zu schicken, wenn es irgendwo brannte. Das hat zwar nicht viel genutzt, da die unterschiedlichen Parteiennahmen einzelner Länder in diesen Kriegen auch hinderlich dafür waren, sich einzigen zu können. Am Beispiel des Kongo wird dies gerade wieder überaus deutlich. Hier wird Schach gespielt – auf dem Schlachtfeld Afrika.

Solange der Weltbank, den imperialistischen Nutznießern der Ausbeutung von Rohstoffen und anderen Ressourcen bei diesen Konflikten nicht die Felle davon schwimmen, werden sie sich raus halten. Sollte es mal einen innerimperialistischen Konflikt – wie zwischen den USA und Frankreich in Zentralafrika – geben, geht es um langfristige Aufteilungen; jeweils immer auf dem Rücken der Betroffenen, die allenfalls mit ihren Billigwaffen in den Krieg ziehen dürfen (eine Kalaschnikow für 6 Dollar). An sozialen und emanzipativen Entwicklungen in Afrika geht dieser Show-down vorbei.

Ums so mehr sollte den Aktivitäten Aufmerksamkeit geschenkt werden, die sich

um Fortschritte an der sozialen Basis bemühen. Die beklagte Armut von Millionen von Frauen und Kinder in afrikanischen Ländern – männliche Besitzfrage – erscheint immer noch als unaufhebbar. Als sich die Initiative für diesen Aktionstag am 29.7.99 das erste Mal in Accra im November 1998 traf, stellten sie fest, daß dieses Thema auf der internationalen Bühne niemanden interessiert. Tatsächlich geht es nicht allein um eine Änderung der juristischen Grundlagen im Erbschafts- und Besitzrecht. Es geht um die Auswirkungen dieser Regeln, die aus dem männlich dominierten Verständnis der Aneignung und Eigentumsrolle resultieren. Armut, Unterernährung und Verelendung sind die konkreten Folgen dieser Ansichten.

Wie auch schon in sogenannten fort-



schrittlichen Ländern zu beobachten war – Beispiel Nicaragua nach der Vertreibung von Somoza –, haben die gesellschaftlichen Änderungen keineswegs die Situation der Frauen verbessert. Es war dann so, daß die Männer – Organisatoren der Arbeit – sich ihrer Familien und Frauen einfach entledigten, wenn es ihnen nicht mehr passte. Mit dem Resultat, daß Männer sich durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft einfacher durchschlagen können als Frauen, die weder durch Besitz noch durch Erbschaften an irgendeinen Reproduktionsfonds dran kommen können.

Die Initiatorinnen in Westafrika erklären, daß gerade in der Zeit zunehmender Infektionen mit HIV Männer sich von ihren Frauen wieder scheiden lassen. Gerade in dieser Lebensphase wäre eine eigenständige Entwicklung der Frauen dann wichtig, die aber durch die Eigentumsfrage blockiert ist. In der Erklärung gegen die Gewalt gegen die Frauen steht in der Präambel, daß derartige Gewalt Ausdruck der historisch ungleichen Entwicklung zwischen Männern und Frauen ist. Die wirtschaftliche Diskriminierung wird als ein Teil davon definiert.

Wenn nun in den letzten Jahren zwar immer wieder auf diesen Umstand hingewiesen worden ist, so ist es doch erneut nötig, daß sich die Frauen mit ihren Forderungen selbst aktiv zu Wort melden.

In Zimbabwe hat der Oberste Gerichtshof noch im April 1999 entschieden, daß eine Frau nicht das Recht habe, ihren Anteil am Familienerbe einzuklagen; es würden dadurch auch keine internationale Konventionen mißachtet. Diesen Konventionen war Zimbabwe 1991 beigetreten. Es ging in dem Verfahren um eine 58jährige Frau, die ihren Halbbruder verklagte, weil ihr vom Erbe des gemeinsamen Vaters nichts zu stehen sollte. In der Entscheidung heißt es, daß unter Berücksichtigung der afrikanischen Gesellschaft die Frau nicht zur Familie gehört, aus der sie stammt, sondern zu der Familie, in die sie hinein geheiratet habe. Das Gewohnheitsrecht wurde über die Verfassungsprinzipien gestellt.

Allerdings hat diese Entscheidung in Zimbabwe inzwischen dazu geführt, daß die Verfassung mit ihren Ausnahmeklauseln geändert werden soll. Bis zum November soll hierzu ein Bericht vorgelegt werden.

Auf der OAU-Tagung in Algier lag diesmal ein Bericht des stellvertretenden UN-Generalsekretärs vor, der sich u.a. mit den ökonomischen

Gründen und Konsequenzen für die anhaltenden Konflikte in Afrika befaßte. K. Amoako nannte unter Punkt drei und vier die Reichtumsverteilung und Arbeitslosigkeit. Im einzelnen meinte er dazu: Ungleiche Verteilung würde zur Aussicht führen, daß junge Männer sich dort den Söldner anschließen, wo ihnen Geld in Aussicht gestellt werde. Auch die nationalen Reichtümer werden nicht gerecht eingesetzt. Regierungen werden ihren Anforderungen nicht gerecht. Und schließlich wäre in polarisierten Gesellschaften die Voraussetzungen für einen Bürgerkrieg erhöht. Das sind nun keine unmittelbar neuen Erkenntnisse, wie immer bei solchen Allgemeinplätzen.

Über die diskriminierenden gesellschaftlichen Grundlagen äußerte sich der UN-Vertreter allerdings nicht, auch nicht über die außenpolitischen Einflüsse in die sogenannten „internen Konflikte“.

Somit bleibt das Mißverhältnis zwischen der „großen Organisation“ und ihren Treffen und den realen Problemen an der Basis, die sich nur durch Proteste und Aktionen Gehör verschaffen können.

mc

„Wir werden als Solidarität gegen das Verbot der Zeitung „Salam“ unsere Feder für einen Tag niederlegen“. So kündigten am 13. Juli 385 iranischen Journalisten ihren Protest gegen das Verbot der kritischen Zeitung „Salam“ an. Zur Umsetzung dieses Vorhabens kam es nicht, da der Herausgeber von „Salam“ sich mit einem Aufruf an die solidarischen Kollegen richtete:

„Eure journalistische Kollegialität ist zu begrüßen und zu schätzen. Das Land aber steht in einer kritischen Phase, die Studentenproteste brauchen eine solidarische Berichterstattung, gerade jetzt braucht das Volk mehr denn je die Information.“

Eine Woche vorher hatte der iranische Geheimdienst die Zeitung verboten, weil sie einen geheimen Brief des verhafteten Geheimdienstmannes Said Emami veröffentlicht hatte, der sich in einem Te-

heraner Gefängnis selbst tötete. So die offizielle Version der Behörden. Emami wurde beschuldigt, im November vergangenen Jahres, am Mord von fünf iranischen Oppositionspolitikern beteiligt zu sein. Neben dem Verbot der regimekritischen Zeitung „Salam“ war vor allem die Verabschiedung eines verschärften Pressegesetzes unmittelbarer Auslöser der Studentenprozesse. Diese werden nun mit brutalster Gewalt unterdrückt. Die Widersprüche innerhalb des Regimes werden auf diese Weise aber nur kurzfristig unter der Decke gehalten.

Wir publizieren im folgenden einen Kommentar des iranischen Journalisten Kambiz Behbahani, der sich mit einigen Widersprüchen der iranischen Gesellschaft beschäftigt. Aus Platzgründen wurde der Beitrag von der Redaktion gekürzt.

Studentenproteste im Iran

Wer will den Wandel nach 20 Jahren Mullah-Herrschaft ?

von Kambiz Behbahani

Viele ausländische Medien haben die Hoffnung von Millionen von Iranern, eines Tages in Freiheit, ohne Kontrolle durch die Theokraten ihr Dasein behaupten zu dürfen, im starken Maße überbewertet. Aus dem Protest der Studenten wurde ein Triumphzug gemacht, ohne genau zu sagen, daß der Erfolg der gegenwärtigen Proteste nur durch die Symbolfigur des Staatspräsidenten Chatami möglich ist. Dieser ist aber kein Motor der Revolution, und die Mehrheit der IranerInnen wollen keine Revolution. Chatami und die überwiegende Mehrheit der Opposition wollen eine langsame Entwicklung hin zu mehr zivilen Rechten in der iranischen Gesellschaft.



Eines ist aber auch klar, ein tiefgreifender politischer und gesellschaftlicher Wandel rückt immer näher, weil die Fundamentalisten in der islamischen Republik ein kalkuliertes Risiko eingehen. Die Ultrakonservativen können keine Niederlage ertragen. Sie sind in den vergangenen zwanzig Jahren vor keiner Unmenschlichkeit zurückgeschreckt. Es herrschte stets eine tödliche Repression gegen die Opposition. Intern krähte kein Hahn danach, bis vor zwei Jahren die fundamentalistischen Geistlichen die Präsidentschaftswahlen verloren haben. Mohammed Chatami wurde zum Staatspräsidenten gewählt, und er versprach, sich für den Aufbau einer zivilen Gesellschaft einzusetzen. Das führte zu einer unvorhersehbaren Konfrontation zwischen den Geistlichen. Wegen allzu großer Zustimmung der Bevölkerung für die Reformisten klappte es nicht – wie es

vorher schon öfter vorkam –, die reformerischen Geistlichen einzuschüchtern. Um gesellschaftliche Unsicherheit und politisches Chaos zu inszenieren, schrieben der iranische Geheimdienst und seine geistlichen Helfershelfer ein mörderisches Szenario. Das war im November 1998. Es gab fünf Morde innerhalb eines Monats. Es waren SchriftstellerInnen, die den Staatspräsidenten beim Wort nahmen und die verbotene iranische Schriftstellervereinigung wiedergründen wollten.

Indizien wiesen darauf hin, daß sie Opfer des Geheimdiensts wurden, der als „Ministerium für Information und Landessicherheit“ (VEVAK) firmiert. Auch Pirus Davani, ein mutiger Journalist, ist seither verschwunden. Der Gründer der „Vereinigung für Demokratie im Iran“ gab Bulletins mit regimekritischen Nachrichten heraus.

Seit fünf Monaten wird im Iran heftig über angebliche geheime Folterhäuser diskutiert. Darin würden Regimekritiker mißhandelt und zu „Geständnissen“ gezwungen. Mohammed Jazdi, Chef der iranischen Justiz, sagte zu, die Vorwürfe untersuchen zu lassen. Aber der Ajatollah gehört selbst zu den Hardlinern mit guten Beziehungen zum Geheimdienst und zu den Schlägertrupps des Regimes, den Ansare Hezbollah und den Fedaijn-e Islam. Auch diese Gruppen könnten hinter den Entführungen und Morden stecken. Das wiederum bringt den geistlichen Führer Ajatollah Hossein Ali Khamenei in den Verdacht, über die Tätigkeiten von Said Emami im Bilde gewesen zu sein. Der mächtige Khamenei steht politisch über dem Staatspräsidenten und übt die Kontrolle über Geheimdienst und Armee aus.

Es scheint nun aber so, als ob das mörderische Szenario den Machtbesessenen selbst zum Verhängnis wird.

Nach der Ermordung von Oppositionellen wurden die Namen der inhaftierten Geheimdienstleute geheim gehalten, obwohl der Druck auf die Machthaber zur Aufklärung der Mordserie nicht nachließ. Die iranische Presse durfte sich nur im „gesetzlichen Rahmen“ mit den Vorfällen befassen, ohne konkret zu wer-

den. Beobachter sehen in den jüngsten Vorgängen, Anzeichen für den verschärften Machtkampf zwischen „Konservativen“ und „Liberalen“ im inneren Kreis des Regimes. Staatspräsident Chatami habe schon früher die Namen der Mörder veröffentlichten wollen, aber Khamenei habe es nicht erlaubt, und der Staatspräsident scheute die offene Konfrontation. Trotz des Geständnisses der Geheimdienstministers Korbanali Dorri Nadschfabdi (dieser trat am 9. Februar als Konsequenz aus der Beteiligung mehrerer seiner Mitarbeiter an der Ermordung der Oppositionellen zurück), die Täter seien Mitarbeiter seines Ministeriums gewesen, versuchen nach wie vor die Konservativen, eine Beteiligung ausländischer Hintermänner zu finden. Im Zusammenhang mit dem Selbstmord von Emami schrieb die Tageszeitung „Iran“ in einem Kommentar über 13 seit März dieses Jahres inhaftierte persische Juden in Schiraz: Wenn die Machthaber ohne jegliche juristische Untersuchungen die Inhaftierten der Spionage für Israel und die USA bezeichnen und sie mit Hinrichtung bedrohen, wollen sie etwa danach behaupten, daß sie deswegen hingerichtet würden, weil sie an der Ermordung der Oppositionellen beteiligt gewesen seien?

Die Ultrakonservativen sind aus zwei Gründen in die Defensive geraten. Zum einen durch die katastrophale Wirtschaftslage, zum andern durch die Enttäuschungen über die Ermordung der Oppositionellen.

Zwei Themen können die Reformvorbereitungen des Staatspräsidenten Chatami von außen unterstützen. Die Beschleunigung der Friedensabkommens von Wye für den Nahen Osten. – Denn die Konservativen benutzen Israel als moralische Keule gegenüber allen Andersdenkenden – und bessere Beziehungen zu den USA.

Wenn es dazu kommen würde, werden die Fundamentalisten keine abstrakte Schreckbilder als Waffe zur Einschüchterung der Bevölkerung mehr haben. Die Mobilisierung des Hasses dient nur den Fundamentalisten, im Dialog und Frieden sind sie machtlos.



Goldhandel unter Kritik: Rund 5000 Arbeiter südafrikanischer Goldminen sind in Pretoria vor die Botschaften der Schweiz und Großbritanniens gezogen, um gegen Goldverkäufe der beiden Staaten zu protestieren. Großbritannien hatte letzte Woche 25 Tonnen seiner Goldreserven verkauft und damit einen drastischen Preisverfall auf den Edelmetallmärkten ausgelöst. Die Schweiz hat angekündigt, im nächsten Jahr 1300 Tonnen Gold zu verkaufen.

EU:Parlament: Linke Fraktion formiert sich

Mit 40 Abgeordneten aus zehn Ländern ist die „Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordisch Grün/Linke“ (GUE/NGL) im Vergleich zur vergangenen Legislaturperiode etwas größer geworden. Das liegt im wesentlichen an den Stimmengewinnen der PDS, die mit sechs Sitzen ins Europaparlament gewählt wurde. Auf ihrer konstituierenden Sitzung wurde Francis Wurtz von der kommunistischen Partei Frankreichs als Fraktionsvorsitzender gewählt. Zu seinen Stellvertreterinnen wurde Sylvie Yvonne Kaufmann (PDS) und Pernille Frahm (Sozialistische Volkspartei/Dänemark) gewählt. Die Position der Generalsekretärin wird wie bisher von Maria D'Alimonte übernommen.

Unter den 40 Parlamentariern der linken Fraktion sind fünf assoziierte Mitglieder, die Vertreter der beiden linken französischen Parteien Lutte Ouvrière und Ligue Communiste Révolutionnaire. Die von Arlette Laguiller und Alain Krivine geführten Parteien hatten zur Europawahl ein Bündnis geschlossen und sind zum ersten Mal im EU-Parlament gewählt worden. Die beiden Parteien hatten um Aufnahme in die GUE/NGL-Fraktion gebeten. In den nächsten Tagen soll über die Modalitäten der Zusammenarbeit beraten werden.

UNO Bericht: Immer mehr Reichtum in weniger Händen

Die Globalisierung der Wirtschaft hat die Kluft zwischen arm und reich seit Anfang der 90er Jahre weltweit dramatisch vergrößert. Zu diesem Ergebnis kommt das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) in seinem aktuellen „Bericht über die menschlichen Entwicklung 1999“.

Laut dem Bericht verfügen die drei reichsten Menschen der Welt inzwischen über ein Vermögen, das größer ist, als das

Bruttonsozialprodukt der 50 ärmsten Länder der Erde, wo 600 Millionen Menschen leben. Die Kluft in den Einkommen zwischen dem reichsten und dem ärmsten Fünftel der Erdbevölkerung erweiterte sich von 30:1 im Jahre 1960 auf 74:1 im Jahre 1994. Der imperialistische Monopolisierungs- und Zentralisierungsprozess ist auch in den letzten Jahren stetig fortgeschritten. Im Bereich Telekommunikation z.B. teilen sich mittlerweile zehn Unternehmen 86 % des Marktes. Ähnlich sei die Situation bei den Herstellern von Pestiziden und Computern. Die Industrieländer besäßen 97% aller Patente weltweit.

China: Verschlechterung der sozialen Lage

Die zentralen volkswirtschaftlichen Daten zur Beschreibung der sozialen Situation in China zeichnen ein eindeutiges Bild: Die Situation verschlechtert sich dramatisch. Vor allem die Umwandlung der staatlichen und sonstigen genossenschaftlichen Unternehmensstrukturen in privates Eigentum führt zu einer Verelendung großer Teile der Bevölkerung. Die Unternehmen versuchen – wie in kapitalistischen Gesellschaften gang und gäbe – Krisen vor allem durch eine Senkung der Arbeitskosten entgegen zu wirken. Einigen Unternehmen ist es gelungen, den Anteil der Lohnkosten an den gesamten Betriebskosten auf einen Satz unter 4% zu drücken, ein Wert von dem hiesige kapitalistische Firmenchefs nur träumen. Über den Lohnverteilungsplan entscheidet nach den neuesten gesetzlichen Vorschriften nun eine Aktionärsversammlung und ein Vorstand, in dem die Beschäftigten nicht mehr vertreten sind. Es sei denn, sie lassen sich ihren Lohn als Aktien verrechnen, eine Methode, zu der immer mehr Firmen übergehen. Daß die frisch gebackenen Aktionäre dann großen Einfluß auf die Firmenpolitik haben, ist, wie von hiesigen Ver-

hältnissen bekannt, so gut wie ausgeschlossen.

Die ungesicherte Finanzierung der Renten ist noch ein weiteres großes Problem. 60% der in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter glauben nicht mehr daran, später eine gesicherte Mindestrente zu bekommen. Nach einer Studie waren die nicht gezahlten Renten im vergangenen Jahr der Hauptgrund für „Kollektivpetitionen“ (betrieblich durchgeführte Unterschriftensammlungen mit der Forderung an Staat und Unternehmen, die Renten auszuzahlen).

Bulgarien: Achtstundentag nur noch eine Erinnerung

Mehr als 500000 Bulgaren arbeiten unter gesundheitsschädlichen Bedingungen, in 240 Betrieben haben die Gewerkschaften Verstöße gegen die Arbeitsgesetzgebung festgestellt. Bei einem unangemeldeten Besuch einer Delegation von Mitglieder der „Konföderation der Nationalen Gewerkschaften Bulgariens“ bei verschiedenen Firmen haben sich gravierende Verstöße gegen soziale Mindeststandards gefunden. So wurde bei einer Näherei in der Nähe von Sofia, im Besitz einer griechischen Firma, Arbeitszeiten über 12 Stunden festgestellt. Die Beschäftigten waren weder bei der Versicherung gemeldet noch wurde Lohnsteuer bezahlt. Bei der türkisch-niederländischen Firma „Hastex“ werden die beschäftigten Frauen wie Sklaven gehalten. Die Frauen wurden in ihrer Werksabteilung eingeschlossen, solange sie ihre Arbeitsnormen nicht erfüllt hatten. Und das ist keine Ausnahme. Seit ein paar Jahren sehen sich die Bulgaren um das Recht gebracht, das ihre Vorfahren vor 80 Jahren erkämpft haben: Am 24. Juni 1919 wurde durch Gesetz der achtstündige Arbeitstag eingeführt.

Zusammenstellung: hav

KÖLN. Am 1. Juli wurde Erol Ispir gegen 22 Uhr im Vereinslokal von AGIF (Förderation von Arbeitsmigranten aus der Türkei) ermordet. Zuhre Gülmiz von AGIF hält es für sehr wahrscheinlich, daß die Täter in türkisch-nationalistischen Kreisen zu suchen sind. Der grausame Mord sei der traurige Gipfel einer langen Serie von Anschlägen und Attacken gegen den Verein, in dem türkische und kurdische Menschen ein friedliches Zusammenleben praktizieren. Zwei Tage nach dem Mord gab es einen Trauer- und Protestmarsch durch Mülheim und Kalk. Auch hier haben rechte Türken probiert zu stören. Mit Spruchbändern und Parolen wurde die Polizei aufgefordert, die Täter in der Rechten zu suchen. Zwei unter Tatverdacht stehende junge Türken, die sich immer wieder in rechten Lokalitäten in Kalk aufgehalten haben, sind nicht festgenommen worden, vielmehr sind diese in die Türkei geflohen. Die Staatsanwaltschaft versucht, den politisch motivierten Mord als Einzeltat von Verrückten zu bagatellisieren. *Lokalberichte Köln*



4. September: Demonstration gegen das „braune Haus“

ESCHWEILER-DÜRWISS. Seit Juni 99 wird das Haus, das in dem rheinischen Dorf Eschweiler-Dürwiß steht, als Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft genutzt. Zuvor diente es verschiedenen Organisationen der extremen Rechten als Tagungs- und Sammlungsort. Immer aber hieß es bei den meisten Bewohnern einfach das „braune Haus“. Die neuen Mieter verschanzten sich hinter Fenstergittern und begannen mit dem Ausbau des maroden Gebäudes – zu einem Versammlungszentrum und „Schulungslager“ für die JN. Als „wichtigste Aufgabe“ wird „die Förderung der Elitenbildung im nationalen Lager“ genannt. Doch dafür müßte sich erst einmal das Zentrum in Dürwiß behaupten. Nachdem bereits im Januar eine Antifa-Demo, organisiert vom Aachener VVN und Eschweiler Arbeitskreis gegen Rechts, auf das damalige JN-Zentrum aufmerksam gemacht hatte, formiert sich nun auch Widerstand gegen das „Bildungswerk“: Ein Nahziel ist es, möglichst viele Ortsansässige auf die Straße zu bringen, wenn am 4. September eine landesweite Antifa-Demo vor das „braune Haus“ ziehen wird. Hierfür sollen auch die mehr als hundert Vereine der Stadt und die Parteien gewonnen werden. *Partisan.net*

11. September: Antifaschistische Landeskongferenz NRW in Münster

MÜNSTER. Diskussionspunkte der 21. Konferenz werden u.a. sein: • Was kann, was soll antifaschistische Orientierung, Aufklärung und Aktion in dem nun doch stark veränderten politischen Umfeld bewirken? • Wie können wir den Kriegstreibern in den Arm fallen oder ihnen zumindest Sand ins Getriebe schütten? • Wie können wir den Widerstand vor Ort gegen Nazi-Wahlparteien, ihre ideo-logischen Vordenker und die Stiefel-faschisten organisieren? • Wie können wir unsere Erfahrungen besser austauschen und unsere Arbeit besser vernetzen? •

Welche Bündnispartner für eine antimilitaristische, antifaschistische, antirassistische und antisexistische Politik haben wir noch und wie werden wir mehr?

Kontrolle durch Chipkarten

BERLIN. Berliner Sozialämter geben an Flüchtlinge Chipkarten aus, die das bisherige System der Sachleistungsgewährung ablösen. Bei Vorstellungsterminen auf dem Amt wird die Karte mit dem Geldbetrag aufgeladen, der dem Karteninhaber zusteht. Eingekauft werden kann nur in einer begrenzten Zahl von Geschäften. Die Karte ist also keineswegs wie EC-Karten eine flexible Alternative zum Bargeld. Es geht den Behörden nicht um Flexibilität und Kundenfreundlichkeit. Flüchtlinge sollen gerade daran gehindert werden, frei zu disponieren. Die Kontrolle steht im Vordergrund

Aus: Rundbrief antifasch./antirassistischer GewerkschafterInnen, Juli 1999

Bleiberecht für Nesim Avci !



Bild: Am 18.7. sprach Nesim Avci auf der Kundgebung „Gegen Diskriminierung, Kriminalisierung und Abschiebung“ in Schweinfurt. Deutschland will ihm trotz Verfolgung in der Türkei als aktives Mitglied der prokurischen Hadep-Partei kein Asyl gewähren. Gegen seine drohende Abschiebung protestieren der

Asyl-Arbeitskreis und der Kulturverein Solidarität. In einem offenen Brief an das Ausländeramt der Stadt Schweinfurt appellieren die Leitungen von IG Metall, SPD, Amnesty International in Schweinfurt, von einer Festnahme oder Abschiebung abzusehen, damit Nesim Avci an der nochmaligen Verhandlung am 29. Juli unbefeuert teilnehmen kann.

NAST

Ralph Giordano protestiert gegen Dietl-Verehrung in Bayern

BAD AIBLING/LKR. ROSENHEIM. Viele Jahre intensiver Auseinandersetzungen von Initiativen, Parteien und Persönlichkeiten waren nötig, bis endlich in Kempten die Eduard-Dietl-Straße und in Füssen die Dietl-Kaserne umbenannt wurden. Doch Nazis und Militaristen geben keine Ruhe. In Bad Aibling errichtete der CSU-Stadtrat Willy Lindl auf Privatgrund ein Gedächtniskreuz für Dietl, „den bekanntesten Sohn der Stadt“, und schilderte einen Privatweg mit „Eduard-Dietl-Weg“ aus. Vor der Kamera des Bayerischen Fernsehens soll „ein alter Kamerad“ gesagt haben: „Hätten wir mehr gehabt wie den Dietl, dann hätten wir den Krieg gewonnen.“ Die Stadt Bad Aibling hatte sich ebenso wie die CSU-Stadtratsfraktion vom Vorgehen Lindls distanziert, das Landratsamt Rosenheim schloß aber ein Verbot der privaten Aktion aus. Der in Köln lebende Schriftsteller und Holocaust-Überlebende Ralph Giordano schrieb daraufhin an den bayer. Ministerpräsidenten einen Offenen Brief. Er protestiert gegen die bleibende Verherrlichung von Dietl, der 1919 mit seiner Kompanie Hitler den ersten Auftritt als Redner in München verschaffte, und fordert Stoiber auf: „Sorgen Sie nun dafür, daß dem Dietl-Spuk in Bad Aibling ein definitives Ende gesetzt wird.“

Gleichzeitig verlangt Jakob Knab von der „Initiative gegen falsche Glorie“ vom Landtag ein Einschreiten. In einer Petition weist er darauf hin, daß die öffentliche Ehrung von Gestalten der NS-Herrschaft gegen die Grundnormen der Verfassung verstößt.

Bundesweite Aktionswochen an den Unis gegen Studiengebühren

BONN. Zahlreiche Studierendenvertretungen und lokale GEW-Gliederungen beteiligten sich an den Aktions- und Informationswochen, zu denen das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) aufgerufen hatte. An über 30 Hochschulen fanden Podiumsdiskussionen, Veranstaltungen und Protestaktionen statt. Mehrere zehntausend Exemplare der ABS-Zeitung gegen Studiengebühren wurden verteilt. Seit dem 4. Mai hat das Aktionsbündnis eine Geschäftsstelle in Bonn, als Untermieter des Bundes demokratischer WissenschaftlerInnen und in einer Bürogemeinschaft u.a. mit dem fzS, freier Zusammenschluß von studentInnenenschaften: ABS, Reuterstr. 44, 53113 Bonn, Tel. 0228/2427826, Fax 214924. <http://www.studis.de/abs/>

2. August in Frankfurt/Main: Prozeß wegen Flugblatt gegen die NPD

FRANKFURT/MAIN. Am 2. August findet um 13 Uhr im Amtsgericht (II. Stock, Raum 26) ein Prozeß gegen den presserechtlich Verantwortlichen der Gruppe „Gegen die Strömung“ statt wegen des Flugblatts „Leipzig, 1. Mai 1998: Militanter Kampf – der richtige Weg gegen die erstarkenden Nazis!“ Am 16. Januar 1999 durchsuchten Polizei und Staatsschutz die Buchläden „Georgi Dimitroff“ in Frankfurt/Main und „Vertrieb für internationale Literatur“ in Berlin sowie eine Privatwohnung. Auslöser der Ermittlungen war ein Brief des führenden Nazi-Kaders Steffen Hupka, heute im Bundesvorstand der NPD. In seinem Brief beklagte er sich darüber, daß in dem Flugblatt zur Gewalt gegenüber politisch Andersdenkenden aufgerufen würde. Er forderte die Polizei auf, Ermittlungen aufzunehmen und bat darum, über den Stand der Ermittlungen informiert zu werden. – Die Betroffenen wollen den Prozeß nutzen, um die Nazi-Morde und Nazi-Verbrechen anzuprangern, die in letzter Zeit in diesem Land begangen wurden. Sie rufen zur Unterstützung auf. An die antifaschistischen Gruppen geht ihre Bitte, bei der Recherche zu helfen, wo es aufgrund von Nazianzeigen zu Prozessen gegen Antifas kam. GD

Arbeitstagung: Genossenschaftliche Selbsthilfe im 21. Jahrhundert

Bei der internationalen Arbeitstagung vom 27. – 29. Sept. 99 wird u.a. diskutiert:

- neue Formen genossenschaftlicher Selbsthilfe und Solidarökonomie
- unterschiedliche, rechtliche, politische und kulturelle Rahmenbedingungen des Genossenschaftssektors in Europa
- Chancen und politische Förderung von regionalen und europäischen Netzen der Gemeinwesenökonomie. CONTRASTE 175

Nazi-Aufmarsch in Hamburg

Die Verlängerung des Krieges auf der Straße

Ohne großen Protest marschierten 530 Neonazis am vorletzten Tag der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Vernichtungskrieg 1941-1944“ durch Bergedorf und Lohbrügge. Eindutzend Wasserwerfer, Räumpanzer, BGS- und Sondereinsatztruppen eskortierten den SA-ähnlichen Aufzug durch die abgeriegelten Stadtteile.

„Dank des starken Polizeiaufgebotes konnte die Antifa unsere Demonstration nicht verhindern“, goutierte der Anmelder Alexander von Webenau den polizeilichen Belagerungszustand am Stadtrand. „Der Tag war ein voller Erfolg“ fährt der JN-Bundesgeschäftsführer und Bundesvorsitzende des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) fort, obwohl sich gerade einmal halb so viele Neonazis wie angekündigt einfanden. Solche Kleinigkeiten beeinträchtigen aber die Stimmung der Nazi-Kader nicht, denn sie wittern, daß mit dem Hamburger Großeinsatz ein Präzedenzfall geschaffen wurde. Noch auf der Abschlußkundgebung kündigt der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt nach der Sommerpause einen erneuten Nazi-Demo in Hamburg an. Bis dahin habe die Hamburger Polizei noch genügend Zeit, die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen und die angemeldete Route von anderen Veranstaltungen freizuhalten.

Ursprünglich hatte Alexander von Webenau den Aufzug auf der gleichen Wegstrecke angemeldet, auf der schon am 5. Juni demonstriert werden sollte. Doch die Hamburger Innenstadt blieb den „Freien Kameradschaften“ und den NPD-Anhängern auch diesmal verwehrt. Ein Zirkuszelt am Rand des Sammlungsplatzes bot die Handhabe, um die Neonazis aus der konsumgefährdeten und unübersichtlichen Innenstadt herauszuhalten. Anstatt nun ein Verbot der Veranstaltung zu verhängen, offerierte die Innenbehörde dem Anmelder ein Ausweichort. Unter der Voraussetzung, daß der Anmelder die Innenstadtroute zurückzieht, wurde ihm der Marsch durch Bergedorf garantiert. Die Hamburger Randgemeinde erschien dem einen wegen der aktiven Nazi-Szene und dem anderen wegen der guten Kontrollierbarkeit der drei oder vier Zufahrtswege inklusive direkter Autobahnbindung als geeignet.

Zuvor hatte die Hamburger Morgenpost unter Berufung auf den Sprecher der Innenbehörde berichtet, daß „trotz moralischer Bedenken (...) die Behörde zu dem Entschluß gekommen (ist), daß ein Verbot nicht durchsetzbar sei“. Im vorauseilenden Gehorsam verzichtete die Innenbehörde somit auf ein Verbot und



signalisierte eine Woche vor dem braunen Aufmarsch grünes Licht. Daraufhin griff das „Hamburger Bündnis gegen Rassismus und Faschismus“ Christoph Holstein scharf an, er habe „frühzeitig und unbezahlt, Werbung für den Nazi-Aufmarsch“ geschaltet. Und weiter: „Es scheint, daß die Innenbehörde in einer geradezu perfiden Art und Weise manches dafür tut, einen Nazi-Aufmarsch in Hamburg erst zu ermöglichen.“

Die „Arroganz des Zentrums“ rief auch in der Bergedorfer „Peripherie“ wütende Proteste hervor. Ignorierte der Hamburger DGB am 5. Juni noch das Problem, daß Naziaufmärsche entweder durch Verbote oder aber auf der Straße zu verhindern sind, so unterstützen die DGB-Gewerkschaften, die Bergedorfer SPD, die Jusos und die GAL-Mitgliederversammlung diesmal eine Orientierung des Protestes „vor Ort“.

Angesichts der massenhaften Platzverweise läßt sich die Beteiligung von Menschen an den verschiedenen Orten antifaschistischer Proteste allerdings nur schwer beziffern. Vermutlich waren über 1000, aber wohl weniger als 1500 Antifaschistinnen und Antifaschisten auf der Straße, wobei die dezentrale Orientierung auf drei, vier verschiedene Sammlungspunkte die Zersplitterung auf Gruppen von jeweils 100 bis 400 TeilnehmerInnen zur Folge hatte. Wie dem auch sei, das Ergebnis ist eine Katastrophe, dessen Ursache in den nächsten Wochen analysiert werden muß.

Es steht einiges auf dem Spiel: Immerhin liegt es mehr als zwanzig Jahre zurück, daß Alt- und Neonazis ernsthaft versuchten, in Hamburg eine Veranstaltung in der Größenordnung von mehr als eintausend Teilnehmern durchzuführen.

VVN/BDA für die Ehrung der griechischen Naziopfer

Die VVN-BdA in Dortmund begrüßt und unterstützt die Forderung deutscher und griechischer Antifaschisten, welche die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auffordern, „Gespräche mit der griechischen Regierung aufzunehmen, um die Frage von Reparationen und von Entschädigungszahlungen an NS-Opfer und deren Hinterbliebenen zu klären. Das Eingeständnis der Schuld schließt auch den aufrichtigen und ernsthaften Versuch ein, durch angemessene materielle Zahlungen einen kleinen Teil dieser Schuld abzutragen. 53 Jahre nach Kriegsende ist es dafür zwar spät, aber noch nicht zu spät.“ Es geht um Bereitschaft der Deutschen zur Wiedergutmachung, wobei uns bewußt ist, daß nie wirklich wiedergutmacht werden kann, was von 1941 bis 1944 in Griechenland von Deutschen angerichtet wurde.

Auch die neue Bundesregierung hat die griechischen Wünsche nach Wiedergutmachung für Naziverbrechen zurückgewiesen. Wir fordern daher weiterhin mit Nachdruck ein Umdenken der deutschen Politik im Umgang mit den Opfern des NS-Regimes in Griechenland und rufen die deutsche Bevölkerung auf: Wenn schon die Regierung ein schlechtes Beispiel gibt, sollten die deutschen Touristen bei ihren Griechenland-Reisen den Opfern des deutschen Faschismus durch Besuche der Gedenkstätten in Griechenland die notwendige Ehre erweisen.

Die Öffentlichkeit in Dortmund, die Reisebüros und Medien rufen wir daher auf: - Es ergeht der Appell an Touristen, die nach Griechenland reisen, Solidarität mit den Gemeinden zu üben, die von Wehrmacht und SS mit Massenmorden überzogen wurden. Wir bitten darum, Blumen an den Gräbern niederzulegen und sich über das dortige Geschehen an Ort und Stelle zu informieren.

- Bitte unterstützen Sie die Forderung des deutsch-griechischen Solidaritätstreffens von Dortmund vom 16. November 1998, daß die Stadt Dortmund eine Partnerschaft mit einer Opfergemeinde in Griechenland beginnt und dazu die Initiative ergreift. Ein Bürgerantrag dazu wird vom Vorstand der VVN-BdA

Dortmund vorbereitet.

Die VVN-BdA wird rechtzeitig vor den Sommerferien einen Gedenkstättenplan Griechenlands und weitere Informationen veröffentlichen. Damit soll an die vielen unschuldigen Naziopfer von Distomo, von Kalavrita auf dem Peleponnes, Kondomari/Kreta, von Kandanos, Vianos, Chania, Komeno, Klissoura und vielen anderen Orten erinnert werden. Etwa 130.000 Griechen wurden zwischen 1941 und 1944 ermordet oder verschleppt, darunter auch etwa 65.000 griechische Juden. 300.000 Menschen verhungerten oder erfroren im Winter 1942/43 in Athen, weil die Deutschen Lebensmittel und Brennstoffe beschlagnahmt hatten. All das geschah während der Besatzungszeit und nicht während Kampfhandlungen. Mit unserer deutsch-griechischen Solidaritätsaktion wollen wir auch der deutschen Widerstandskämpferinnen und -kämpfer gedenken, die auf griechischem Boden kämpften und ermordet wurden. Einer von ihnen war der Dortmunder Kommunist, der innerhalb der Wehrmacht Widerstand leistende Willi Dehmel, über dessen Schicksal wir in der Ausstellung in der Dortmunder Steinwache „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945“ informiert werden. Er wurde am 9. Juli 1944 auf den Peleponnes erschossen.

Nicht Widerstandskämpfer werden von der Bundeswehr geehrt, etwa von der Saarlandbrigade der Bundeswehr, die heute noch Kult macht um die Fallschirmjäger Hitlers, welche Griechenland überfielen. In Werbebrochüren der Bundeswehr werden „die Waffentaten“ auch „auf Kreta“ als „Legende gewordene“ Erfolge der Fallschirmjägertruppe Hitlers verherrlicht. Daß diese Siege allein auf Kreta 8600 Griechen das Leben kosteten, darunter 2000 Frauen und Kindern, sie in der Mehrzahl als Geiseln erschossen wurden, wird von der Bundeswehr, welche noch immer die Wehrmacht verherrlicht, unterschlagen. Wir fordern daher auch ein Ende der militaristischen antigriechischen Propaganda in Deutschland.

Presseerklärung der VVN-BdA. Anfragen, Hinweise, Kritik etc.: bundesbuero@vvn-bda.de

Zuletzt am 15. Mai 1977 kündigten Plakate im Stadtgebiet von einer geplanten Veranstaltung mit Gerhard Frey sowie dem verstorbenen Fliegeroberst Rudel. Diese Geschichte markiert bis zum heutigen Tag das politische Kräfteverhältnis in der Stadt: Um „dem deutschen Nationalhelden durch Anwesenheit die verdiente Ehre“ (Wortlaut der DVU) zu erweisen, besetzten am Abend vorher mehrere hundert Antifaschisten das Curio-Haus. Der DVU blieb anschließend nichts anderes übrig, als einen neuen Veranstal-

tungsort zu suchen - ein Hinterzimmer am Strand.

„Ein Naziaufmarsch in und durch Hamburg wird von uns nicht hingenommen“, lautet denn auch 20 Jahre später die einstimmige Beschlusflage des Hamburger Bündnis gegen Rassismus und Faschismus, das von über 60 Organisationen - darunter der St. Pauli Fan-Laden, den Falken, Linksruck, Regenbogen und die PDS - zwar getragen, aber nicht umgesetzt werden konnte.

kun

Kommunalwahlen Baden-Württemberg

Stand der PDS-Kandidaturen

Wie bereits berichtet, hat die PDS in Heidelberg und in Tübingen die Kandidatur zu den Gemeinderatswahlen im Oktober als offene Liste bzw. als gemeinsamer Wahlvorschlag mit der Tübinger Linken beschlossen und jeweils „volle“ Listen gewählt. Inzwischen ist die Kandidatenaufstellung auch in Stuttgart im wesentlichen abgeschlossen. Am 10. Juli haben die PDS-Mitglieder und Sympathisanten die Kandidatur und die Grundlage für ein Wahlprogramm beschlossen, am 17. Juli wurden die ersten 39 Kandidatinnen und Kandidaten gewählt; auf eine Fortsetzungsversammlung soll versucht werden, möglichst viele der noch 21 möglichen Listenplätze zu besetzen.

Auf Listenplatz 1 wurde Siegfried Deuschle (44 Jahre), Betriebsrat bei Daimler-Chrysler in Sindelfingen, gewählt. Auf Platz zwei Filiz Recber (21 Jahre), Auszubildende, Nichtmitglied der PDS. Platz 3, Ulrike Küstler (54 Jahre), Verwaltungsangestellte. Insgesamt ist die Liste der PDS gemischt in verschiedener Hinsicht: offen, denn nur 14 sind Mitglied der PDS. Gemischt ist die Liste auch nach Alter, 14 Kandidatinnen und Kandidaten sind unter 30 Jahren. Wenn auch nicht im gewünschten Umfang, so sind doch auch verschiedene kulturelle Herkunftsländer vertreten: Filiz Recber und Gülnar Sahin (Platz 11) sind kurdischstämmig. Auf Platz 7 kandidiert Uma Strnad, gebürtige Jugoslawin. Abboud Oßwald (Platz 20) ist ebenfalls Kurde.

Längere Diskussionen hatte es mit DKP-Mitgliedern gegeben. Sie wollten zunächst erreichen, daß die PDS als Bündnis mit der „Interall“, einem Projekt von DKP und trotzkistischer SAV, kandidiert. Die PDS Stuttgart wollte jedoch einmütig kein Bündnis mit der DKP und sah ihr Angebot, daß auf dem pluralistisch angelegten Wahlprogramm auch Nichtmitglieder der PDS kandidieren können, als ausreichend an. Ein nochmaliges Aufmachen der Prozedur hätte zudem bedeutet, mit der rechtzeitigen Einreichung der Wahlunterlagen in Schwierigkeiten zu kommen.

Nachdem aber nochmals durch Beschuß klargestellt wurde, daß in der weiteren Ausarbeitung des Wahlprogramms, in der Führung des Wahlkampfes und im Falle des Erringens eines Mandates alle Kandidatinnen und Kandidaten und Interessierten mitwirken können, erklärte sich einige DKP-Mitglieder bereit, bei der PDS mitzumachen. Bei der Wahl wurden auch alle neun von der DKP vorgeschlagenen gewählt; darunter auf Platz 5, Anneliese Mutschler (73 Jahre), Rent-

nerin, aktiv in der Seniorenpolitik und DKP-Mitglied.

Nicht ausgeschlossen ist allerdings, daß der Teil der DKP-Mitglieder, der nicht bei der PDS kandidieren wollte, das Projekt „Interall“ gemeinsam mit der SAV weiterbetreibt. Ein weiterer Wermutstropfen bleibt außerdem: Gangolf Stocker, PDS-Mitglied und Sprecher der Initiative gegen den Tunnelbahnhof (Stuttgart 21), möchte mit einer Liste „Parteilos glücklich - Bürgerbeteiligung, Zukunftsbeständigkeit, Kein Stuttgart 21“ ebenfalls zur Wahl antreten. In der Presse wurde er zitiert, daß „namhafte Persönlichkeiten Stuttgarts, unter anderem auch vom Architekturforum Baden-Württemberg“, das Projekt unterstützen würden, mit dem versucht werde „die Parteien- und Fraktionsschulden aufzubrechen“.

(alk)

PDS Mannheim bleibt bei ihrem Beschuß zur Gemeinderatswahl

Auf dem offenen Monatstreffen der Basisorganisation Mannheim stand am 12.7. nochmals die Beschußlage der PDS Mannheim zur anstehenden Gemeinderatswahl auf der Tagesordnung. Der Beschuß nämlich, nicht selbst zu kandidieren und auch keine Organisationen-Bündnisliste gemeinsam mit der DKP einzurichten, es aber ihren Mitgliedern zu überlassen, etwa auf der Offenen Liste der DKP zu kandidieren. Dies wurde zwischenzeitlich auch von zwei Mitgliedern der PDS wahrgenommen. Mit dem nochmaligen Aufrufen des Tagesordnungspunktes „Gemeinderatskandidatur“ trug die BO der Tatsache Rechnung, daß es in der Mitgliedschaft zunehmende Diskussionen und auch von außerhalb der Mitgliedschaft immer wieder Nachfragen gab, ob nicht doch eine PDS-Kandidatur auch in Mannheim sinnvoll und möglich sei. Besonders spielte die Tatsache eine Rolle, daß die deutsche Beteiligung am Jugoslawien-Krieg Verschiebungen in der Parteienlandschaft gebracht hat. Nachdem ausgerechnet die rot-grüne Bundesregierung sog. „Verantwortung“ im Krieg übernommen hatte (und die jeweiligen Parteimehrheiten sich auch unter dieser „Verantwortungslast“ beugten), ist inzwischen tatsächlich auf die PDS als einziger Bundestagspartei mit klarer und gegen allen Druck durchgehaltener Antikriegsposition eine erhebliche Friedensverantwortung zugefallen. Und viele Wählerinnen und Wähler haben dies bei der Europawahl auch zum Ausdruck gebracht, gerade auch in Mannheim. Die Erwartungen an die PDS als auf allen Ebenen tätiger Oppositionspartei sind unübersehbar gestiegen. Kann die PDS in Mannheim nicht schon bei den kommenden Kommunalwahlen dieser Verantwortung auf der Ebene der Gemeinde nachkommen? Das einmütige - wenn auch mit teils sehr unterschiedlichen Argumenten begründete - Ergebnis der Diskussion lautet: Der im Februar gefaßte Beschuß der Mit-

gliederversammlung kann und sollte nicht geändert werden. Eine große Rolle spielte in der Diskussion die Struktur der Mannheimer Linken mit einer DKP, die bundesweit ziemlich einmalig - auf kommunaler Ebene an ihrem Parteianspruch und einer daraus abgeleiteten „Bündnispolitik“ festhält; die blind zu sein scheint für die tatsächliche Entwicklung des linken, sozialistischen Parteibildungsprozesses bis „hinab“ zum kommunalen Geschehen, und die auch tatsächlich niemanden mehr auf der weiten Bündnisflur dauerhaft zu animieren und zu „bündeln“ vermag, die im Gegenteil mehr und mehr polarisierende Wirkung zeitigt. Diese Situation hat zweifelsfrei Rückwirkungen auf die Möglichkeit und Bereitschaft engagierter Menschen, in eine solchermaßen „gebündelte“ Kandidatur hinein zu gehen. Auf überwiegend grundsätzliche Ablehnung in der Mannheimer PDS stößt der Gedanke einer eigenen linken Konkurrenzkandidatur. Hinsichtlich einer etwaigen „Nachverhandlung“ mit der DKP/Offenen Liste sehen viele Mitglieder im jetzigen fortgeschrittenen Stadium der Listenbildung keine seriöse und Mindeststandards der politischen Kultur wahrende Möglichkeit mehr. Das vielleicht banalste, aber derzeit schlagendste Argument ist freilich die personelle Situation. Es sieht sich derzeit (und die Zeit ist von persönlichen wie politischen Umständen geprägt) niemand aus der BO in der Lage, mit der erforderlichen Schwerpunktbildung in die kommunalpolitische Auseinandersetzung hineinzugehen und gegebenenfalls ein Mandat auszufüllen. Vollkommen umstritten ist aber in der PDS Mannheim die Erkenntnis, daß sie als Organisation nun auch kommunalpolitisch Positionen entwickeln und beziehen muß und daß sie dazu aufgrund der positiven Mitgliederentwicklung auch bessere Möglichkeiten hat.

(tht)

Karlsruhe: Versammlung am 9.8.

In Karlsruhe, wo es zwei Basisorganisationen der PDS gibt, ist für den 9. August eingeladen, um über eine Kandidatur und eine Kandidatenliste abzustimmen. Ob es gelingt, eine pluralistische, das Wählerfeld der PDS einigermaßen repräsentierende Liste zustande zu bekommen, ist nach wie vor fraglich.

Konstanz kandidiert

In der Universitätsstadt Konstanz hat die Basisorganisation am 19. Juli beschlossen, zu kandidieren, nachdem sich bis zu dieser Versammlung insgesamt 17 Kandidatinnen und Kandidaten gefunden hatten und weitere vermutlich noch dazu kommen. Auf Platz 1 soll Dr. med. Michael Venedy kandidieren, der einer „alteingesessenen“ radikaldemokratischen und antifaschistischen Konstanzer Familie angehört. Michael Venedy war lange Jahre in der Friedensbewegung aktiv und unterstützt die PDS wegen deren Haltung gegen den Jugoslawien-Krieg. •

Protest gegen öffentliches Gelöbnis in Berlin

Zu einer Protestkundgebung gegen das öffentliche Gelöbnis am 20. Juli in Berlin ruft ein Bündnis von antifaschistischen und Anti-Kriegsgruppen und linken Parteien auf. Das öffentliche Gelöbnis an der Gedenkstätte des deutschen Widerstands (sog. „Bendlerblock“) in Berlin war noch von der alten CDU/CSU/FDP-Bundesregierung beschlossen worden. Nachdem ein vorheriges Gelöbnis, das am Tag des Mauerbaus (13. August) stattfinden sollte, an einer breiten Ablehnung in Berlin gescheitert und ein schließlich vor dem Charlottenburger Schloss durchgeführtes Gelöbnis immer noch auf heftige Proteste gestoßen war, glaubte die alte Regierung, mit der Wahl von Ort und Zeitpunkt nun endlich auch die öffentliche Zurschaustellung militärischer Macht und Rituale in Berlin zum Normalfall machen zu können. Die Berliner SPD stimmte diesem Plan sofort zu, inzwischen haben auch die Grünen ihren Widerstand gegen solche Gelöbnisse weitgehend aufgegeben. Dennoch rechnen die Veranstalter der jetzt geplanten Protestaktion gegen das Gelöbnis trotz Urlaubszeit mit ca. 1.000 Teilnehmern an ihrer Protestaktion.

Bundesregierung will keine Ehrung der Deserteure und Kriegsdienstverweigerer

Daß auch die neue rot-grüne Bundesregierung bei Gelegenheit solcher Gelöbnisse gleich noch die Erinnerung an Deserteure und andere Kriegsdienstverweigerer der NS-Zeit wegwischen will, machte die Berliner „Kampagne gegen Wehrpflicht ...“ in der folgenden Erklärung bekannt.

(ril)

„Der deutsche Widerstand steht vor der Tür“ – Die Bundesregierung ehrt jedes Jahr unter Beteiligung der Bundeswehr die Frauen und Männer des nationalen Widerstandes vom 20. Juli 1944 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Bendlerblock.

Die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär nahm in den letzten Jahren diese offizielle Veranstaltung zum Anlaß, der Opfer des „vergessenen“ Widerstandes zu gedenken. Über 46.000 Todesurteile wegen „Wehrkraftzersetzung, Desertion und Kriegsdienstverweigerung“ wurden während des nationalsozialistischen Regimes ausgesprochen, mindestens 20.000 Urteile wurden vollstreckt. Zu Ehren der Deserteure und Kriegsdienstverweigerer gibt es kein offizielles Gedenken. Daher haben wir bisher im direkten Anschluß an die offizielle Gedenkfeier einen Kranz mit der Aufschrift „Den Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern“ abgelegt. Dabei haben sich uns Gäste der offiziellen Veranstaltung angeschlossen, darunter Angehörige der Verschwörer.

In diesem Jahr wird eine würdevolle

Kranzniederlegung im Gedenken an die Deserteure und Kriegsdienstverweigerer des zweiten Weltkrieges von der Bundesregierung nicht akzeptiert.... Als Auflagen wurden der Kampagne vorgeschrieben: sie müsse an einer Polizeiabsperrung am Tiergarten solange warten, bis die Teilnehmer des offiziellen Festaktes den Veranstaltungsort verlassen hätten; es dürften nur maximal acht Menschen in Begleitung von Polizei und Feldjägern die Gedenkstätte betreten. In dieser Atmosphäre politischer Zensur und der Einschüchterung verzichtet die Kampagne auf eine Kranzniederlegung, weil ein würdevolles öffentliches Gedenken unmöglich wäre. Einmal mehr wird deutlich, wie wenig Interesse die Bundesregierung an einem Gedenken an Deserteure und Kriegsdienstverweigerer hat.

An der offiziellen Gedenkveranstaltung der Bundesregierung darf die Öffentlichkeit ebenso wenig teilnehmen wie an dem sogenannten öffentlichen Gelöbnis am gleichen Tag.

(Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Berlin, 16.7.99)

Proteste gegen teuren Tunnel

Mit einer Kampagne, bei der 20.000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt werden sollen, wehren sich Leipziger Bürger gegen einen geplanten U-Bahn-Tunnel. Der Tunnel soll eine fünfminütige Strecke unterirdische Linienführung vom Hauptbahnhof zum Bayerischen Bahnhof ermöglichen, allein aus EU-Mitteln sollen dafür 240 Millionen DM ausgegeben werden. Die Gegner des Projekts wollen nun mit einer Unterschriftenkampagne den Stadtrat dazu zwingen, vor Bevilligung des Vorhabens drei Voraussetzungen zu prüfen bzw. zu erfüllen:

- o Alternativen im Sinne eines oberirdischen Ausbaus des Eisenbahn-, Straßenbahn- oder Busnetzes sollen ausreichend untersucht und ernsthaft mit dem Tunnelprojekt verglichen werden;

- o Die ICE-Strecke Berlin-München soll durch den Tunnel, wenn er denn gebaut wird, geführt werden;

- o Die Stadt Leipzig soll sich weder direkt noch indirekt an den Investitions- und Betriebskosten des Tunnels.

„Erst wenn alle Baupläne, Kostenvorschläge und Gegenvarianten auf dem Prüfstand waren, darf entschieden werden. Nicht mehr und nicht weniger sollten die Bürger begehrten. Das ist legitim, und es ist demokratisch! Und es kostet nur 20.000 Unterschriften“, schreibt „Leipzigs Neue“ in ihrer ersten Juli-Ausgabe zu dem geplanten Bürgerbegehren.

(rül, Foto aus: Leipzigs Neue, 9.7.99)



PROTEST GEGEN SPAR-GUTACHTEN Bremen

Am 15. Juli haben ErzieherInnen und Kita-Kinder auf dem Bremer Marktplatz gegen ein Spar-Gutachten der Firma Wibera demonstriert, das vorerst „strengh vertraulich“ auf dem Tisch der Sozialen Senatorin liegt. Danach sollen 2,3 Mill. DM gespart werden durch Stellenabbau bei Erziehern und bei den Reinigungs- und Küchenkräften. Der Anspruch auf einen Kita-Platz soll auf eine „Kernzeit“ von täglich vier Stunden reduziert werden, alles andere könnte als „freiwillige Leistung“ preiswerter gemacht werden. Die Stadt schreibt die Leistung „Kitas“ aus und vergibt sie an den günstigsten Bewerber. Die ÖTV hofft, daß bis zur geplanten Veröffentlichung der Endfassung des Gutachtens im September der Protest die Senatorin bewegt, das Gutachten noch zu entschärfen.

ABBAU VON GANZTAGS-PLÄTZEN Hamburg

Die rund 800 Hamburger Kindertagesheime sollen bis 2001 rund 27 Mill. DM einsparen. Die „Vereinigung“, mit 175 Einrichtungen Hamburgs größter Träger von Kitas, will darauf mit der Umwandlung von 120 Ganztagsgruppen in 6-Stunden-Gruppen reagieren (das wird jeden siebten Gruppenplatz betreffen, sogar jedes vierte Krippenkind). Dabei ist der Bedarf an Ganztagsplätzen schon jetzt größer als das Angebot. Die Betreuungszeiten sollen nicht mehr flexibel sein, sondern fest von 8 bis 14 Uhr. 75 Erzieherstellen sollen bei der Vereinigung eingespart werden, außerdem bei der Verwaltung und Gebäuderienigung gekürzt werden. Eltern sollen künftig nicht mehr einen Kita-Platz in Wohnnähe zugewiesen bekommen, sondern einen Gutschein erhalten, die sie hamburgweit bei einer Kita ihrer Wahl einlösen können. Im Herbst sollen die Träger mit der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung über die weitere Durchsetzung der Sparmaßnahmen verhandeln.

„RETTET DAS ELBUFER“ Hamburg

Nach einem Beschuß des Verwaltungsgerichts muß das Bezirksamt Altona bis zum 3. August über die Zulässigkeit und das ordnungsgemäße Zustandekommen des Bürgerbegehrens gegen die Holzhafen-Bebauung entscheiden. In einer Frist von drei Monaten dürfen Organe des Bezirksamts durch Entscheidungen oder Beschlüsse keine vollendeten Tat-sachen schaffen, die dem Gegenstand des Bürgerbegehrens zuwiderlaufen. Die Bürgerinitiative sieht darin die Möglichkeit, einen Bürgerbescheid noch im September durchzuführen. Damit sei der Versuch des Senats, den Bürgerentscheid durch einen Beschuß der Bürgerschaft im September auszuhebeln, politisch gescheitert. Der Senat hatte seine Initiative damit begründet, daß das

laufende Bürgerbegehren die Bezirksversammlung Altona an der Beschußfassung hindere. Durch die Verfahrensverzögerung drohten der Hansestadt Regreßansprüche durch die Investoren Büll & Liedtke, denen Ansprüche als Kompensation für Beschränkungen beim Bau des „mercado“ in Ottensen zugesprochen worden waren. Nach Ansicht des Bürgerbegehrens darf der berechtigte Entschädigungsanspruch von Büll & Liedtke nicht dazu führen, daß die Elbe im Bereich des Holzhafens für mindestens die nächsten hundert Jahre durch eine weitgehende Abriegelung verbaut wird und das geplante Hochhaus ein Präzedenzfall für das gesamte Elbufer wird. Die Bewältigung des zusätzlichen Verkehrsaufkommens sei ungeklärt, und die technischen Mindestanforderungen der Euro-Norm für Bauwerke an Wasserstraßen seien in der Planung nicht berücksichtigt. „Rettet das Elbufer“ appelliert an alle Bürgerschaftsabgeordneten, nicht durch Zustimmung zur Senatsvorlage das Bürgerbegehren und das damit verbundene Bebauungsplanverfahren zunichte zu machen und damit einen Präzedenzfall gegen alle künftigen Bürgerbegehren zu schaffen.

GEWERBESTEUER Köln. Der BDI reitet neue Attacken gegen die Gewerbesteuer. Sie sei „das wirkliche Übel im deutschen Steuersystem“ der „Unruhestifter“, sagte BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel. Diese Steuer gebe es im Ausland in diesem Ausmaß nicht. Er forderte von der Bundesregierung, die Gewerbesteuerlast zunächst um ein Drittel zu senken und entsprechend die Beteiligung der Gemeinden an der Mehrwertsteuer – ohne Erhöhung des Steuersatzes – heraufzusetzen. Nach 2002 sollte es dann zu einer neuen Finanzverfassung kommen. Aus dem Finanzministerium verlautete, man wolle erst 2002 „in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen“ über die Gewerbesteuer entscheiden.

SPARPAKET Bonn. Die Meinungsunterschiede zwischen Bundesregierung und Kommunalen Spitzenverbänden konnten auch bei einem Treffen mit Bundeskanzler Schröder nicht ausgeräumt werden. Die Gemeinden erwarten eine Belastung durch das Sparpaket von 3 Mrd. DM, davon 2,3 Mrd. DM durch die Verlagerung des Wohngeldes für die Sozialhilfeempfänger, 500 Mill. DM durch die Einschränkung der originären Arbeitslosenhilfe und 200 Mill. Durch die Mitfinanzierung des Unterhaltsvorschürgesetzes. Hinzu kämen noch rund 1 Mrd. DM für die Neuregelung des Familienlastenausgleiches. Die angekündigte Entlastung durch die Einsparungen bei der Beamtenbesoldung seien nicht ausreichend und zudem unsicher.

Zusammenstellung: ulj

Unternehmer wollen mit aller Macht die Niedrig-Lohngruppe

Streiks im Einzelhandel jetzt in der 7. Woche

Bundesweit führen die Beschäftigten des Einzelhandel einen heftigen Kampf um den Abschluß eines neuen Lohn- und Gehaltstarifvertrags. Streik und Warnstreiks gehen nun in die siebte Woche. Die Auseinandersetzung ist in allen Tarifbezirken ziemlich gleich. Hauptpunkt ist der Kampf gegen die von dem Arbeitgeber-Verband geplante Einführung einer besonderen Niedriglohngruppe für sog. „ungelerntes Personal“ wie Kassier- und Verkaufspersonal. Ungelernte Kräfte sollen nicht mehr in die „Gelernten-Gruppe“ aufsteigen können, was bis jetzt im Tarifvertrag verankert ist. Der Verlust des Einkommens der vorwiegend weiblich Beschäftigten ist enorm: Bis zu 1156 Mark weniger im Monat.

Die Bezirksverwaltung Mannheim/ Heidelberg der Gewerkschaft HBV schreibt in einem Flugblatt, das vor den bestreikten Betrieben verteilt wird:

„Die Arbeitgeber im baden-württembergischen Einzelhandel wollen folgende Lohn- und Gehaltskürzungen fürs Personal:

- Den Frauen soll nach Mutterschutz und Erziehungsurlaub der Lohn- bzw. Das Gehalt um 20% gekürzt werden.
- Männer sollen ebenfalls nach Bundeswehr und Zivildienst 20% weniger verdienen.
- Die Stundenlöhne der 630.- DM-Kräfte sollen um 30% gekürzt werden.
- Durch Einführung von Billiglohngruppen soll das Kassier- und Verkaufspersonal bis zu 1.156 Mark weniger in jedem Monat bekommen!
- Kein Urlaubsgeld, kein Weihnachtsgeld, keine Sozialzulage, keine Kassierzulage mehr für 630 Mark-Kräfte.

Die Konzerne und Manager im Einzelhandel werden immer reicher und uns

wollen sie immer ärmer machen! Darum müssen wir kämpfen! Wir bitten um Ihr Verständnis. Ihre Verkäuferinnen und Verkäufer.“

Auch Wiedereinsteiger nach Langzeitarbeitslosigkeit sollen im ersten Jahr bis zu 20 % weniger verdienen. „Die müssen sich erst wieder arbeiten“, so Herr Kaindl, der Geschäftsführer des Einzelhandelsverbands Rhein-Neckar. Auch der Lohn der Auszubildenden müsse eingefroren werden, „um die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe nicht zu bremsen.“ Der Kampf um eine allgemeine Tariferhöhung tritt wegen der provokativen Forderungen der Arbeitgeber fast in den Hintergrund. Die HBV-Forderung von 6% ist inzwischen auf „eine anständige Tariferhöhung mit einer fetten 3 vorm Komma“ zusammengeschmolzen.

Am 30. Juni haben der Unternehmerverband des Einzelhandels alle Verhandlungen abgebrochen. Der Mannheimer HBV-Geschäftsführer Anton Kobel kündigte ab dem 12. Juli eine neue Streikwelle an: „Das Verhalten der Einzelhändler ist skandalös. Wir werden die Herren an den Verhandlungstisch zurück streiken. Die Herren werden diese Woche in der Kurpfalz, ganz Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ihr blaues Wunder erleben. Die Frauen im Einzelhandel sind kampfbereit.“

Am Montag, 12. Juli, wurden ganztägig der Wertkauf Mannheim, der Real-Markt in MA-Sandhofen, in Neu-Edingen und in Hockenheim und 60 Schlecker-Filialen in der ganzen Kurpfalz bestreikt.

Am 15. Juli werden morgens in folgenden 7 SB-Warenhäusern Betriebsversammlungen durchgeführt: Wertkauf Mannheim, Real MA-Sandhofen, Neu-Edingen und Hockenheim, Kolossa Brühl, SBK



Beschäftigte des Einzelhandels machen nicht auch vor dem Mannheimer Stadthaus mobil. Am 22. Juni beriet der Stadtrat über den Antrag des Einzelhandels am Samstag, den 4. September, anlässlich des Mannheimer Autosalons auf den Planken - die Geschäfte bis 21 Uhr offen zu lassen.

(scr, Bild: roos)

Walldorf und Handelshof Heidelberg.

Am Samstag, 17. Juli, werden in folgenden sieben Kaufhäusern Betriebsversammlungen durchgeführt: Kaufhof Mannheim Paradeplatz, Kaufhof Mannheim N7 (ehem. Horten), H+M Mannheim Planken, Kaufhof Heidelberg Hauptstr., Kaufhof Heidelberg Bismarckplatz (ehem. Horten), Modehaus Kraus Heidelberg, Hertie Viernheim. Mit weiteren auch kurzfristig angesetzten Streiks ist zu rechnen.

(scr)

Bad Oeynhausen. „Die Beschäftigten wollen doch nur in der Sonne liegen“, hatte eine Arbeitgebervertreter den Krankenhausbeschäftigte während der Tarifverhandlungen über die Arbeitszeit in den Krankenhäusern vorgeworfen. Am nächsten Verhandlungstermin (13./14. Juli 1999) protestierten über 100 Kolleginnen und Kollegen aus den Krankenhäusern unter dem Motto: „Wir liegen in der Sonne“ (Bild). Nach wie vor fordern die Arbeitgeber schlechtere Arbeitszeitbedingungen für Krankenhausbeschäftigte als im Arbeitszeitgesetz vorgesehen sind: die Ruhezeit zwischen zwei Schichten soll auf acht Stunden verkürzt werden können, die tägliche Höchstarbeitszeit an Sonn- und Feiertagen auf zwölf Stunden verlängert werden. Bei einer Ruhezeit von 5,5 Stunden während des Bereitschaftsdienstes oder der Rufbereitschaft soll sich ein weiterer normaler Arbeitstag anschließen. Für Krankenhäuser in wirtschaftlichen Schwierigkeiten fordern die Arbeitgeber eine Notlagenregelung, die den Tarifvertragsparteien erlaubt, von den Tarifverträgen abweichende Regelungen zum Einkommen und zur Arbeitszeit zu treffen. Die Gewerkschaft ÖTV will prüfen! Auch bezüglich der Ruhepausen beginnt die ÖZV zu wackeln. Sie will über Zerstückelung der Erholpause in Kurzpausen für einzelne Arbeitsplätze verhandeln, wenn die Kurzpausen als Arbeitszeit angerechnet werden. Nächster Verhandlungstermin ist der 8./9. November, wieder in Bad Oeynhausen.

(kar)



Zu wenig Personal, zuviel technische Arbeit

Allen Unkenrufen zum Trotz. Das Thema Arbeitszeit bewegt wieder stärker die Gernüter. Auch in den Redaktionen wird unter dem Eindruck von Arbeitsverdichtung und dem Regime der Redaktionssysteme gelegentlich die Frage nach den Grenzen der Belastbarkeit gestellt. Wie dramatisch sich in vielen Redaktionen die Situation zugespitzt hat, belegt eine Umfrage der IG Medien unter den Betriebsräten der Tageszeitungsbetriebe vom Frühjahr diesen Jahres.

98 Betriebsräte haben sich an der IG Medien-Umfrage beteiligt. Sie repräsentieren rund 6.000 Redakteurinnen und Redakteure, d.h. weit mehr als ein Drittel aller Betroffenen. Mit dabei waren sowohl kleine Lokal- und Regionalzeitungen wie die „Sylter Rundschau“ mit 3 Redakteurinnen und Redakteuren, als auch überregionale Tageszeitungen wie die „Süddeutsche Zeitung“ (270 Redakteurinnen und Redakteure).

Eines hat die Umfrage deutlich gezeigt: In der Mehrzahl der Zeitungsredaktionen wird permanent gegen die tarifvertraglichen Arbeitszeitregelungen verstoßen. Und fast die Hälfte aller Betriebsräte gibt an, daß darüber hinaus noch gegen das Arbeitszeitgesetz verstoßen wird. Nur ein knappes Drittel der Betriebsräte berichtet, daß Mehrarbeit tarifgerecht ausgeglichen wird.

Lokales und Sport sind die Spitzenreiter

Auf die Frage, in welchen Ressorts die meisten Überstunden anfallen, fällt die Antwort eindeutig aus. 59 mal wird das Lokale genannt, 20 mal der Sport. Die Betriebsräte tappen im übrigen weitgehend im Dunkeln: 82 Prozent werden über geleistete Mehrarbeit in der Redaktion nicht offiziell informiert, geschweige denn vorher gefragt.

Die Ergebnisse der Sozialwahlen 1999 bestätigt die Schlussfolgerung aus der vergangenen Wahl: Unter den Bedingungen des geltenden Wahlrechts - danach dürfen Wählerlisten unter dem Namen des Versicherungsträgers antreten - werden diese Interessengemeinschaften ihre hohe Stimmenanteile behalten, Gewerkschaftslisten in einer Minderheitenposition stagnieren. Bei der AOK Rheinland-Pfalz, wo der DGB nur gegen die Arbeitsgemeinschaften Christlicher Arbeitnehmerorganisationen (ACA) kandidiert hat, errang er dagegen eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Insgesamt unterschieden sich die Wahlergebnisse 1999/93 kaum. Die Wahlbeteiligung ist hingegen gesunken, bei der BfA beispielsweise um drei auf 39 Prozent.

Sozialwahlen: Gewerkschaftslisten in der Minderheit

Vergleich der Sozialwahlen 1999 und 1993

	1999		1993	
	Wahlergebnis in Prozent	Sitze	Wahlergebnis in Prozent	Sitze
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA)	27,8	8 (von 30)	30,1	9 (von 30)
Barmer Ersatzkasse (BEK)	28,1	9 (von 30)	-*	8 (von 30)
Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK)	23,6	7 (von 30)	29,2	-*
Hanseatische Ersatzkasse (HEK)	22,2	6 (von 27)	31,6	8 (von 25)
Kaufmännische Krankenkasse (KKH)	13,4	4 (von 30)	17,6	4 (von 30)
Techniker Krankenkasse (TK)	19,6	6 (von 30)	18,1	5 (von 30)
Hamburg-Münchner Ersatzkasse (HaMu)	24,9	5 (von 21)	23,9	5 (von 29)
AOK Rheinland-Pfalz	67,1	-*	-**	-**

*keine Angaben; **keine Urwahl

Quelle: DGB-Bundesvorstand

wichtige Aufgabe für die nächsten Monate und Jahre.

Positiv-Beispiele: Gefragt sind differenzierte Lösungen

Die Umfrage der IG Medien hat aber nicht nur Negatives ans Tageslicht gebracht. In einer Reihe von Betrieben ist es gelungen, zum Teil im Konsens mit den Geschäftsleitungen Arbeitszeitregelungen für die Redaktion zu finden, die den Interessen beider Betriebsparteien gerecht werden und weder die tariflichen noch die gesetzlichen Regelungen mißachten. Solchen Regelungen sind meist zwei Dinge gemein: Sie schaffen zum einen verlässliche Eckdaten sowohl für den Verlag als auch im Hinblick auf planbare Freizeit für Redakteurinnen und Redakteure. Zum anderen ist es offensichtlich gelungen, zum Teil sehr differenzierte Lösungen zu finden, die persönlichen und ressortspezifischen Bedürfnissen Rechnung tragen. Am weitesten sicher beim „Darmstädter Echo“, wo mindestens vier unterschiedliche Varianten möglich sind. Es gibt aber noch eine weitere Gemeinsamkeit: Voraussetzung für das Funktionieren der Regelungen ist die Inanspruchnahme. Die besten Regelungen taugen nicht das Papier, wenn sie ignoriert werden. Dies schadet im übrigen nicht nur jedem einzelnen persönlich: Die Zahl der Beispiele ist Legion, wo Redakteurinnen und Redakteure nur deshalb ohne Ende arbeiten, weil sie sich einem vermeintlichen Gruppendruck in der Redaktion nicht entziehen können. Bei näherem Nachfragen kommt oft heraus, daß es nur einzelne sind, die durch ständiges „Schaulaufen“ zu später Stunde die redaktionsinternen Standards vorgeben. Die Positiv-Beispiele machen deutlich, daß die Verleger-Mär von der Unvereinbarkeit des Journalistenberufs mit einer Arbeitszeitregelung nicht trägt. Auch in Stade und Darmstadt kommen schließlich täglich Zeitungen heraus.

Fabian von Jossburg /www.ig-medien.de

Aktuelles zum Stand der neuen Dienstleistungsgewerkschaft

ver.di

Am 18./19. Juni haben die Hauptvorstände der Gewerkschaften HBV, IG Medien, DAG, DPG und ÖTV den „Eckpunkten zum Zielmodell der neuen Gewerkschaft im Dienstleistungssektor, der dienstleistungsnahen Industrie, im Medien-, Kultur- und Bildungsbereich“ (vorgeschlagener Name ist ver.di) zugestimmt.

Bei den parallel stattfindenden Sitzungen der Hauptvorstände stellte sich heraus, daß die ÖTV am längsten benötigte und mit „nur“ 85% den niedrigsten Grad an Zustimmung erreichte. Inzwischen werden die Eckpunkte in der Mitglied-

schaft diskutiert. Bis zum 16.8. können z.B. bei der ÖTV Änderungsanträge gestellt werden. Im September tagen die Antragskommissionen, teils getrennt, teils gemeinsam, um für die außerordentlichen Gewerkschaftstage im November einen einheitlichen „Leitantrag“ zur Abstimmung zu stellen. Die außerordentlichen Gewerkschaftstage finden wiederum parallel zwischen dem 17. und 19. bzw. 20.11. in Dortmund statt.

Um strittige Punkte in Griff zu bekommen, wird in den Eckpunkten zwischen Start- und Zielmodell unterscheiden, z.B. bei der Bildung von gemeinsamen Landesbezirken, bei der Größe von Vorständen und bei der Zusammensetzung des Delegiertenkörpers. Erst zum 2. ordentlichen Bundeskongreß der dann neuen Gewerkschaft (also vorauss. nach 8 Jahren = 2009) muß dann die neue Satzung zum Tragen kommen.

Eine der größten Kontroversen ist die Anzahl der Bezirke. Während die ÖTV, die z.Zt. rund 170 davon hat, möglichst viele dieser Einheiten in der Fläche erhalten will, will die HBV beispielsweise nur ca. 60. Der Hintergrund ist, daß sie bzw. andere kleinere Gewerkschaften, in manchen Bezirken dann (fast) gar nicht mit Mitgliedern vertreten wären, was entsprechende Auswirkungen bei Mandataten, aber auch bei den Finanzen zur Folge hätte, da ja auch die Bezirke einen entsprechenden Anteil der Mitgliedsbeiträge erhalten. So verständlich das Interesse der HBV hier ist, so kursorisch ist ihre Argumentation. Denn wenn die neue Gewerkschaft in der Fläche stärker vorhanden ist, können um so mehr Mitglieder gewonnen bzw. auch die vorhandenen besser betreut werden. Denn es sind ja dann keine ÖTV-Bezirke mehr, sondern gemeinsame. Die Stärke der ÖTV in der Fläche ist ein Vorteil, den man nicht freiwillig zunichte machen sollte.

Aber auch die ÖTV hat ihre Punkte, wo sie am „Gewohnten“ festhalten will. So ist ihr ein Dorn im Auge, daß hauptamtlich Beschäftigte kein passives Wahlrecht haben sollen. Und wieder einmal drohen die Arbeiterausschüsse, weil ihre satzungsmäßigen Rechte in der neuen Gewerkschaft gegenüber denjenigen von Frauen, der Jugend und den Senioren zurückgesetzt werden sollen.

Finden die Eckpunkte bzw. der eingeschlagene Weg einer gemeinsamen neuen Gewerkschaft auf den außerordentlichen Gewerkschaftstagen im November die erforderlichen Mehrheiten, wird als Zwischenschritt eine „Gründungsorganisation ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft“ gebildet. Ihr gehören die beteiligten 5 Gewerkschaften an (die Vorsitzenden und jeweils mehrere Delegierte der Einzelgewerkschaften). Aus dieser Gründungsorganisation kann eine Mitgliedsgewerkschaft auch ihren Austritt erklären.

Die Gründungsorganisation hat als wesentlich Aufgabe die Ausarbeitung der Organisationsstrukturen, Gremien, Sat-

PDS Sachsen: 6 Punkte zu Beschäftigung und sozialer Gerechtigkeit

Auf einer wirtschaftspolitischen Konferenz hat die PDS Sachsen am 26. Juni in Dresden ihre Forderungen für eine neue Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in Sachsen beraten und der Öffentlichkeit vorgestellt.

1. Ausbildungskombinate: Wegen der Deindustrialisierung in Sachsen seit der Wende haben sich die Möglichkeiten der Jugendlichen, eine berufliche Ausbildung zu erhalten, drastisch verschlechtert. In Sachsen steht derzeit noch nicht einmal für jeden zweiten Bewerber ein betrieblicher Ausbildungsort bereit. „Vorgeschlagen wird, vorhandene berufliche Gymnasien und Berufsbildungszentren bzw. neu zu schaffende Berufsbildungseinrichtungen mit berufspraktischen Ausbildungseinrichtungen zu kombinieren, so daß Ausbildungskombinate entstehen, die auf Feldern der Hoch- und Zukunftstechnologien angesiedelt sind und eine Ausbildung in Zukunftsberufen, in denen die Wirtschaft nicht oder nicht genügend Ausbildungsbiete macht, mit einem Einstieg in das Arbeitsleben auf diesen Feldern verbinden“, beschreibt „Leipzigs Neue“ die Forderungen der PDS auf diesem Gebiet.

2. Sonderwirtschaftszonen: Die ungleiche Wirtschaftspolitik der Landesregierung hat insbesondere in zwei Regionen zu schweren Problemen geführt: In der Lausitz und im Westerzgebirge. „Beiden ist ein geringer Industriebeisatz, weit überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit und Vernachlässigung in der Förderpolitik gemeinsam.“

Die PDS schlägt vor, diese beiden Gebiete zu Sonderwirtschaftszonen zu erklären. Aus einem Teil der ihnen zustehenden Fördermittel von je 200 Millionen DM sollen Strukturrentwicklungs-fonds gebildet werden, über deren Einsatz durch regionale Agenturen öffentlich entschieden werden soll.

Außerdem soll in jeder der beiden Regionen ein Ausbildungskombinat errichtet werden, die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut werden und Landesbürgschaften vergeben werden, wenn neue Ansiedlungen neue Arbeitsplätze schaffen.

zung und Richtlinien der neuen Mitgliedergewerkschaft (entlang der beschlossenen Eckpunkte) sowie die Vorbereitung des Verschmelzungsvertrages.

Läuft alles nach Plan, so wird wiederum auf außerordentlichen Gewerkschaftstagen im Februar 2001 die neue Gewerkschaft gegründet. Mit diesem aufwendigen Verfahren wollen sich die beteiligten Gewerkschaften im positiven Sinne von den Übernahmen der IG Chemie und IG Metall abgrenzen.

Inzwischen gibt es auch ein erstes

3. Förderpolitik transparent machen: Sachsen vergibt jährlich 8 Milliarden DM an Fördermitteln, „ohne daß die Verwendung dieser Gelder demokratisch kontrolliert werden kann.“ Die PDS schlägt vor, eine Fördermitteldatenbank zu schaffen, die die Fördermittel und ihre Verwendung - bei Wahrung des Datenschutzes - weitgehend öffentlich und transparent macht.

4. Weniger Freistaat ist mehr Demokratie: Damit ist gemeint: Weniger Landesentscheidungen, mehr Rechte und Geld für die Kommunen. „Vorgeschlagen wird, die Handlungsfreiheit der Kommunen zu erweitern, indem eine Hälfte der Landesmittel für kommunale Förderung in pauschale Zuweisungen an die Kommunen verwandelt werden. Zudem soll ein Teil der verbleibenden Fördermittel an regionale Akteure wie die Stiftung Innovation und Arbeit Sachsen delegiert werden.“

5. Statt Zuschüsse: Beteiligungen: Die PDS Sachsen wendet sich dagegen, daß staatliche Fördermittel an Unternehmen fast immer in Form von verlorenen Zuschüssen gegeben werden. Sie hat dagegen eine einfache, aber auf die Dauer sehr weitreichende Forderung: die gesamte Wirtschaftsförderung soll von verlorenen Zuschüssen auf stille Beteiligung umgestellt werden. Damit würde die öffentliche Hand, wenn immer Unternehmen Zuschüsse in Anspruch nehmen, Anteile an diesen Unternehmen erwerben.

6. Existenzgründungen fördern: Hier fordert die PDS, daß das Land Sachsen die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit für Existenzgründungen aufstockt. Mindestens 20.000 DM als Starthilfe seien nötig, die als stille Beteiligung oder als Kredit zu günstigen Konditionen angeboten werden können, fordert die PDS. Damit soll einer Situation entgegengewirkt werden, in der viele Menschen, die ohnehin (fast) nichts haben, in sozialen Notlagen „buchstäblich das letzte Hemd riskieren, wenn sie eine berufliche Existenz gründen wollen.“ (rül, alle Zitate aus: *Leipzigs Neue* 14/99 vom 9. Juli 1999)

„Programmatisches Positionspapier“, was von vielen Kritikern (s.a. Angelo Luciferi in den Politischen Berichten) eingefordert war. Damit soll die Diskussion zu inhaltlichen Fragen angeregt werden, die außerdem auf verschiedenen Foren behandelt werden (z.B. Anfang Juni ein Forum zum „Niedriglohnsektor“). Die Befassung dieses bzw. eines dann neuen programmatischen Papiers ist für den Gründungskongreß Anfang 2001 vorgesehen.

(har)

Fragen für die programmatische Debatte

Der 6. Bundesparteitag der PDS hat auf seiner 1. Tagung Ende Januar 1999 in Berlin einen Beschuß zur programmatischen Debatte in der Partei gefaßt und der Partei die Aufgabe gestellt, „ihr programmatisches Selbstverständnis als sozialistische Partei in Deutschland links von der Sozialdemokratie zu profilieren“. In diesem Zusammenhang wurde die Programm-Kommission beauftragt, bis zum 30. Juni 1999 einen „Standpunkt zum Umfang der Programmdebatte in der PDS“ zu beschließen und zu veröffentlichen. Diesem Auftrag entspricht die Programm-Kommission mit dem nachfolgenden Material. Das vorliegende Papier soll den Umfang der programmatischen Debatte bestimmen – nicht den Umfang von Programmänderungen. Nach einhelliger Auffassung in der Kommission muß die Feststellung des Parteitages Richtschnur sein, wonach die Antwort auf die „Frage, ob das geltende Parteiprogramm ... überarbeitet oder insgesamt neu formuliert werden soll, ... nicht vorweg genommen werden (darf), sondern ... konsensorientiert erarbeitet werden (muß).“

Aus der Sicht der Programm-Kommission heißt das:

• Parteiprogramme bestimmen die Sicht politischer Parteien auf die gesellschaftliche Realität, beschreiben die Ziele und Methoden, nach denen bzw. mit denen die jeweilige politische Partei die Gesellschaft gestalten und verändern will. Das gilt auch für die PDS. Unsere programmatische Debatte sollte damit beginnen, nach den ungelösten Problemen der Gesellschaft zu fragen – und nicht damit, ohne Bezug dazu unser bestehendes Programm jetzt in Frage zu stellen oder in weiterhin gültige und überarbeitungsbedürftige Bestandteile aufzulösen. Ein solches Mandat wurde der Programm-Kommission vom Parteitag auch nicht erteilt.

Die Programm-Kommission hat sich einhellig dafür entschieden, ihren Standpunkt zum Umfang der programmatischen Debatte in Gestalt eines Fragenkatalogs zu den aus der Sicht von Sozialistinnen und Sozialisten besonders drängenden Notwendigkeiten gesellschaftlicher Umgestaltung deutlich zu machen. Dabei haben wir uns von der Feststellung des PDS-Programms leiten lassen: „Die konkreten Ziele der sozialistischen Bewegung ergeben sich aus den realen Widersprüchen und Konflikten und aus den herangereiften Entwicklungspotentialen, nicht aber aus einem abstrakten Geschichtsplan. Angesichts der drängenden Nöte kämpfen wir um alternative Entwicklungswege. Sie werden das Resultat politischer Auseinanderset-

zungen sein, die bereits heute geführt werden.“

• Die PDS steht vor der Aufgabe, ihre Arbeit und ihr politisches Wirken so zu gestalten, daß sie erfolgreich den gesellschaftlichen Anforderungen der Jahrhundertwende begegnen kann. Ohne Lernfähigkeit und die Bereitschaft zur Selbstveränderung wird die PDS ihren Beitrag zur Lösung der großen gesellschaftlichen Probleme in den nächsten Jahrzehnten nicht leisten können. Das Parteiprogramm von 1993 bezieht Position zur sozialistischen Erneuerung – diese Aussagen wollen wir nicht aufgeben, sondern vertiefen und für die Lösung der großen gesellschaftlichen Entwicklungsfragen öffnen, für die es bisher keine Antworten gibt. Insbesondere die Ausführungen zum Sozialismus als Ziel, Bewegung und Wertesystem, zur Umwälzung der herrschenden kapitalistischen Produktions- und Lebensweise als einer Frage menschlichen Überlebens, zur Überwindung der Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums sowie zur Notwendigkeit einer Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft, die von der Verwirklichung gemeinschaftlicher Interessen geprägt ist, haben wir bei der Erarbeitung des Fragenkatalogs unseren Überlegungen zugrunde gelegt.

• Wir streben vor allem Substanzgewinn sowohl in unseren weitreichenden strategischen Vorstellungen auf den entscheidenden Politikfeldern als auch in unseren konkreten politischen Aussagen zu den brennenden Problemen der Zeit an, um bereits in der gegenwärtigen Gesellschaft wirksamen Druck von links auf die Regierenden auszuüben. Deshalb wollen wir eine Debatte, die in der Partei mit großer Offenheit und in aller Breite geführt wird, eine Debatte, nicht allein mit uns selbst, sondern im Diskurs mit der Gesellschaft. Wir wollen uns mit unseren Zukunfts- und Gegenwartsvorstellungen und praktischen politischen Schlußfolgerungen an den öffentlich ge-

führten Diskursen beteiligen, indem wir die Fragen und Probleme dieser gesellschaftlichen Diskussionen aufgreifen und im Gegenzug von der programmatischen Debatte in der PDS Impulse in die Gesellschaft vermitteln. Wir wollen gleichermaßen heftigen wie ergebnisreichen Streit. Er soll den Pluralismus in der PDS nicht einengen, sondern produktiv machen und auf diesem Wege den Vorrat an gemeinsamen demokratisch-sozialistischen Positionen vergrößern und stärken.

Die Programm-Kommission ruft die Mitglieder der PDS, die Sympathisantinnen und Sympathisanten, Freunde und kritische Begleiter unserer Partei sowie alle an sozialen, demokratischen und ökologischen Veränderungen Interessierten in diesem Sinne zum gemeinsamen Gespräch auf. Wir wünschen uns, daß der vorliegende Fragenkatalog dafür Hilfe und Anregung sein kann.

1. Die globale Entwicklung und die Bundesrepublik Deutschland

Im Parteiprogramm von 1993 haben wir in einem ersten Teil „Die gegenwärtige Welt“ beschrieben. Seitdem hat sich die internationale Lage wesentlich gewandelt. Der Neoliberalismus hat weltweit an Boden gewonnen und erhebliche Veränderungen in der heutigen Welt bewirkt. Zur Globalisierung und ihren Folgen wird nach wie vor von den verschiedenen politischen Lagern eine intensive Auseinandersetzung geführt. Für die PDS ist es wichtig, diese Entwicklungen genauer zu reflektieren und ihre Positionen in dieser Diskussion zu bestimmen, weil sie wichtige Ausgangspunkte für ihre Programmatik bilden.

• Wie schätzen wir heute die grundlegenden Probleme der Welt ein? Worin bestehen die Kernpunkte der weltweiten Umbruchprozesse?

• Welche Umbrüche gibt es in der Weltwirtschaft? Wie haben sich die Kapitalverhältnisse (z. B. Verhältnis von Finanzwirtschaft und Realwirtschaft) weltweit entwickelt? Welche Auswirkungen haben diese Veränderungen auf den Nord-Süd-Konflikt? Welche Chancen und Gefahren gehen heute von Prozessen der Internationalisierung aus?

• Wie definieren wir Globalisierung? Wie weit sind Spielräume in der nationalen und regionalen Politik eingeengt? Kann ein nationalstaatlicher Keynesianismus noch eine adäquate Antwort auf diese Prozesse sein?

• Welche Veränderungen haben sich in der Eigentumsstruktur weltweit und innerhalb der modernen westlichen Gesellschaften vollzogen? Welche Konsequenzen haben diese Veränderungen für sozialistische Reformpolitik? Welche

Die Mitglieder der Programmkommission

1. Prof. Dr. Lothar Bisky, Parteivorsitzender
2. Dr. Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer
3. Dr. Bernd Ihme, Sekretär
4. Tanja Behrend, Sekretärin
5. Prof. Dr. Michael Schumann
6. Dr. André Brie
7. Birke Bull
8. Gabi Zimmer
9. Dr. Monika Runge
10. Pia Maier
11. Prof. Dr. Michael Benjamin, Kommunistische Plattform
12. Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer, Marxistisches Forum
13. Dr. Eleonora Pfeifer, Lisa
14. Halina Wawzyniak, Jugend
15. Elke Wolf, Ökologische Plattform
16. Ulla Lötzer, PDS – alte Bundesländer
17. Winfried Wolf, PDS – alte Bundesländer

Schlußfolgerungen ergeben sich für die Umsetzung der Forderung des PDS-Parteiprogramms, die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums zu überwinden?

- Welche Möglichkeiten sehen wir, auf internationaler Ebene die negativen Entwicklungen des Neoliberalismus einzuschränken, zurückzudrängen und Gegenendenzen zur Geltung zu bringen? Welche internationalen Organisationen sind dafür möglicherweise mehr geeignet und welche weniger?

- Wie gestaltet sich die „neue Weltordnung“ zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus und durch den Krieg der NATO gegen Jugoslawien? Wie ist in diesem Zusammenhang das Konzept von der „Neuen NATO“ zu bewerten?

- Wie beurteilen wir die Prozesse der europäischen Integration und darüber hinaus die Entwicklungen in ganz Europa?

- Was hat sich in der inneren Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland zehn Jahre nach der „Einheit“ ökonomisch, sozial, kulturell und politisch verändert?

- Ist das Konzept des „Dritten Weges“ der „neuen Sozialdemokratie“ eine wirkliche Alternative zum Neoliberalismus? Wie ist das Konzept einer „Politik der Neuen Mitte“ einzuschätzen?

- Wie hat sich die Sozialstruktur der Bundesrepublik verändert, welche Besonderheiten sind diesbezüglich zwischen Ost- und Westdeutschland festzustellen? Wie haben sich die Einstellungen, Denkweisen, Haltungen, Lebensentwürfe, Lebensweisen und Milieus der Bevölkerung gewandelt? Welche kulturellen Differenzen sind zwischen der Bevölkerung in Ost- und in Westdeutschland festzustellen und welche Schlußfolgerungen werden daraus für die Politik gezogen?

- Wie wirken sich neoliberalen und sozialdemokratische Strategie und Politik auf geistige und kulturelle Veränderungen in der Bundesrepublik aus?

- Wie hat die konservative und neoliberalen Politik der vergangenen Jahre die Gestaltung der Geschlechterverhältnisse in der Bundesrepublik beeinflußt? Welche Probleme werden sichtbar, auf die linke Politik reagieren muß? Welche alternativen Vorstellungen zur Gestaltung der Geschlechterverhältnisse in der heutigen Gesellschaft besitzt die PDS?

- Worin bestehen Ursachen für Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt in der gegenwärtigen Gesellschaft? Worauf gründen sich heute Neofaschismus und Rechtsextremismus? Was muß und kann wirksam gegen diese Entwicklungen getan werden?

- Wie haben sich im Zusammenhang mit der neoliberalen Politik des Sozial- und Demokratieabbaus außerparlamentarische Bewegungen, Friedens-, Menschenrechts- und Bürgerrechtsbewegungen entwickelt?

- Welche Chancen gibt es für linke Re-



formalternativen, die auf Veränderung der Gesellschaft zielen und die wir als Sozialistinnen und Sozialisten vertreten können? Welche Kräfte, die solche Alternativen entwickeln und voranbringen könnten, sind zur Zeit sichtbar bzw. absehbar? Wie weit, wie stabil und wie dauerhaft wurden durch den Epochenumbruch 1989/90 die Kräfteverhältnisse verändert?

2. Sozialer und ökologischer Umbau der Gesellschaft

Seit nahezu 20 Jahren wird in der Bundesrepublik über die Notwendigkeit eines sozial-ökologischen bzw. ökologisch-sozialen Umbaus der Gesellschaft diskutiert. Für die PDS stellen sich u.a. solche Fragen: Entsprüchen die von ihr bisher entwickelten Positionen der Tragweite dieses notwendig zu vollziehenden gesellschaftlichen Umbruchs? Sind wir auf dem aktuellen Stand der dazu laufenden Diskurse in der Öffentlichkeit? An welche Positionen können wir anknüpfen und wo sind neue (oder präzisere) Antworten notwendig?

Eine grundlegende sozial-ökologische Umgestaltung der Gesellschaft muß auch Lehren aus positiven wie negativen Erfahrungen des DDR-Sozialismus verarbeiten. In der programmatischen Diskussion wird die Frage zu beantworten sein, in welcher Beziehung das Projekt sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft steht und unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen es durchsetzbar ist.

2.1. Eckpunkte einer alternativen Reform- und Gesellschaftskonzeption

Ausgehend vom Verständnis des demokratischen Sozialismus als Ziel, Bewe-

gung und Wertesystem (siehe Programmtext, Abschnitt „3. Sozialistische Erneuerung“), geht es u. a. um folgende Fragen:

- Welches sind die entscheidenden Eckpunkte linker Reformalternativen und in welchem inneren Zusammenhang stehen sie zueinander? Wie entsprechen Programmatik, Strategie und Politik der PDS diesem inneren Zusammenhang?

- Welche Ebenen und Dimensionen umfaßt die soziale Frage an der Schwelle des neuen Jahrhunderts? Mit welchen Spannungsverhältnissen sind wir diesbezüglich konfrontiert?

- Welchen Stellenwert sollte die Frage der Menschenrechte in einem Konzept linker Reformalternativen einnehmen? Wie stellt sich die PDS dieser Problematik, einschließlich des Grundsatzes der Unteilbarkeit der Menschenrechte? Wie kann man sie in ihrer Ganzheitlichkeit und Unteilbarkeit wirksamer als Bestandteil sozialistischer Politik zum Ausdruck bringen?

- Welche Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit vertritt die PDS? Inwieweit lassen sich daraus unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen tragfähige politische Konzepte und Aufgaben entwickeln?

- Welche entscheidende Schritte sind mittelfristig notwendig und möglich, um angesichts kapitalistischer Eigentums- und Machtstrukturen, hoher internationaler Mobilität des Kapitals und des Bestrebens breiter Mittelschichten, an ihren Besitzständen festzuhalten, deutlich mehr menschliche Emanzipation, soziale Gerechtigkeit und Solidarität in der Gesellschaft durchzusetzen?

- Welche Rolle spielt die Förderung verschiedener Eigentumsformen in einer linken Reformalternative?

- Welche Vorstellungen und Forderun-

gen verbinden wir mit der Problematik „Nachhaltigkeit“, „nachhaltige bzw. zukunftsähige Entwicklung“? Wie sehen wir das Verhältnis von Nachhaltigkeit und demokratischem Sozialismus? Inwiefern schließt nachhaltige Entwicklung auch die Frage nach Veränderungen im Verhältnis der Geschlechter ein? Inwiefern sind Begriffe wie „Nachhaltigkeit“ geeignet, gesellschaftliche Veränderungen im Sinne des demokratischen Sozialismus zu beschreiben?

- Welche Bedeutung mißt die PDS dem Nachdenken über Modernität und Modernisierung, der Ansicht, daß „postmaterialistische Einstellungen“ künftig ein weit größeres Gewicht gewinnen werden, der Erwartung einer wachsenden Rolle libertären Denkens und von Problemkonstellationen jenseits der Links-Rechts-Achse bei? Was sind ihre Auffassungen dazu?

2.2. Die Zukunft der Arbeit und eine neue Art der Vollbeschäftigung

Die „Zukunft der Arbeit“, Wege aus der Massenarbeitslosigkeit – das sind entscheidende Diskussionspunkte über das Bild einer zukünftigen solidarischen und humanen Gesellschaft. Gerade auf diesem Gebiet ist eine demokratisch-sozialistische Partei verpflichtet, ein schlüssiges Konzept vorzulegen.

- Was verstehen wir heute unter Arbeit? Welchen Stellenwert nimmt sie im Leben der Menschen ein?

- Welche gravierenden Veränderungen vollziehen sich heute in den Arbeitsverhältnissen? Welche Auswirkungen hat dies auf Umfang und Inhalt der Arbeit? Welchen Einfluß haben diese Veränderungen auf die Lebensweise, Kultur und Persönlichkeitsentwicklung der Menschen?

- Soll und kann Verkürzung der Arbeitszeit zu mehr Lebensqualität führen? Wie müßte dies gestaltet werden?

- Was versteht die PDS unter einer „neuen Art der Vollbeschäftigung“, und warum hält sie daran als einer Forderung von programmatischem Gewicht fest?

- Wie kann das Verhältnis von Globalisierung und Regionalisierung gestaltet werden, um eine neue Art von Vollbeschäftigung zu erreichen?

- Worin besteht der Zusammenhang von neuer Vollbeschäftigung und Wirtschaftsdemokratie?

- Wie sollen Beschäftigungsverhältnisse gestaltet werden, die mit der traditionellen Arbeits- und Rollenverteilung von Frauen und Männern brechen und eine gerechtere Verteilung von bezahlter wie von unbezahlter Arbeit befördern?

- Was gedenkt die PDS gegen die Ausweitung ungeschützter Arbeitsverhältnisse zu unternehmen?

- Welche Alternativen setzt die PDS der Ausweitung von Niedriglohnbeschäftigung entgegen? Wie stellt sich die PDS der Forderung nach Entlastung der Unternehmen von Beiträgen zu den sozialen Sicherungssystemen? Welche Lö-

sungen bieten sich nach Auffassung der PDS für die Förderung der Beschäftigung in kleinen und mittleren Unternehmen an?

- In welcher Weise müssen die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sowie ihr Instrumentarium für eine wirksame Verbesserung der Beschäftigungseffekte reformiert werden? Welchen Stellenwert hat der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS) in einer mittelfristigen Reformperspektive und in einer zukünftigen Gesellschaft? Wo liegen die Haupthemmnisse für die Entwicklung dieses Sektors? Was sind die Wege zu ihrer Überwindung?

- Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind notwendig, um zu einer gemeinsamen, sozial orientierten Beschäftigungspolitik in der Europäischen Union zu kommen?

- Welchen Platz nehmen in den programmatischen Vorstellungen der PDS Bildung, Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung ein? Wie verhält sich die PDS zu den notwendigen Innovationsprozessen, welche sozialen und politischen Akzente sind dabei aus ihrer Sicht zu setzen? Auf welche Schwerpunkte orientiert die PDS in ihren Bildungs-, Qualifizierungs- und Wissenschaftskonzepten?

2.3. Zukunft des Sozialstaates

Die Debatte zur Veränderung des Sozialstaates wird heute in und zwischen den verschiedenen politischen Lagern zum einen im Zusammenhang mit den wachsenden Gefahren sozialer Erosion der Gesellschaft (durch Armut, Perspektivlosigkeit, Gewalteskulation, Ghettoisierung, Rechtsextremismus, extremen Egoismus, Werteverfall) und zum anderen zum Thema „Zukunft des Sozialstaates unter den Bedingungen der Globalisierung“ geführt. Betont wird dabei, daß neuen Herausforderungen Rechnung zu tragen sei und dies einen grundlegenden „Umbau des Sozialstaates“ unabwendbar mache. Wie das geschehen soll, welche Ziele verfolgt werden – darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Ebenso wird in diesem Zusammenhang der Wert „sozialer Gerechtigkeit“ unterschiedlich gewichtet und neu definiert. Die PDS setzt sich mit Nachdruck für den Erhalt sozialer Errungenschaften ein. Ihre Forderung „Umbau des Sozialstaates darf nicht zu seinem Abbau führen“ lässt sich jedoch nicht überzeugend vertreten, wenn sie nicht zugleich Vorstellungen aus linker Sicht entwickelt, wie und in welche Richtung notwendige Veränderungen in der Gestaltung des Sozialstaates anzugehen sind.

- Was sind die entscheidenden Veränderungen in der heutigen Gesellschaft, die einen Umbau des Sozialstaates erfordern, um soziale Gerechtigkeit als Wert in Zukunft durchzusetzen? Wo müssen Veränderungen in erster Linie ansetzen?

- Welche Schritte sind erforderlich, um sozialer Gerechtigkeit zum Durchbruch

zu verhelfen und einer weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft erfolgreich entgegenzuwirken?

- Welchen Stellenwert hat die Umverteilungspolitik, um sozialpolitische Veränderungen herbeizuführen? Wie ist das Verhältnis zur Struktur-, Regional- und Technologiepolitik?

- Wie setzt sich die PDS mit Forderungen nach mehr Selbstverantwortung, Risikobereitschaft, Flexibilität, Selbsthilfe und ehrenamtliches Engagement des Individuums auseinander, die massiv in neoliberalen Konzepten und im neuen „Dritten Weg“ der Sozialdemokratie erhoben werden? Welche Auffassungen müßten dazu in einem linken Reformkonzept von der PDS vertreten werden?

- Wie stellt sich die PDS dem Problem, daß ihre Vorstellungen von einer „solidarischen Erneuerung der Sozialsysteme“ in Widerspruch zu den Interessen eines Teils hochqualifizierter Lohnabhängiger, anderer Schichten der sogenannten neuen Mitte und eines Teils der Jugend steht, die Modelle einer Selbstvorsorge durchaus bevorzugen und sich Solidarverpflichtungen entziehen wollen?

- Wo sieht die PDS die Hauptrichtungen einer Erneuerung der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung? Was muß getan werden, um das Konzept der PDS von der sozialen Grundsicherung weiter zu entwickeln?

- Was könnten die wichtigsten Schritte zu einer europäischen Sozialunion sein und welche Probleme sind dabei zu beachten? Welche Aktivitäten sind erforderlich, um weltweit soziale und gewerkschaftlicher Mindeststandards durchzusetzen?

2.4. Sozial verlaufender ökologischer Umbau

Die Notwendigkeit des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft wird verbal mehr oder weniger von den verschiedensten Kräften anerkannt oder gefordert. Angesichts der sich vertiefenden sozialen Probleme ist die Akzeptanz weitreichender ökologischer Veränderungen, wenn sie die eigene Lebenssituation betreffen, jedoch zurückgegangen. Verschiedene politische Kräfte versuchen immer wieder, den widersprüchlichen Zusammenhang von sozialem und ökologischem Umbau und die Konsequenzen für Veränderungen in den Lebensweisen zu simplifizieren.

- Wie sehen wir den inneren Zusammenhang von sozialem und ökologischem Umbau? Worin besteht hier das Spannungsverhältnis? Wie kann ökologischer Umbau sozial gestaltet werden? Welche wirtschaftspolitischen Schritte sind erforderlich, um einen sozial verträglichen ökologischen Umbau (vor allem in Energiewirtschaft, Verkehr, Stoffwirtschaft und Landwirtschaft) voranzubringen?

- Wie ist das Verhältnis von Wirtschaftswachstum und ökologischem Umbau zu erfassen und zu verändern?

- Inwiefern verlangt soziale und öko-

logische Nachhaltigkeit auch kulturelle Wandlungsprozesse?

- Wie sollen die Grundkonturen einer sozial und ökologisch ausgerichteten Technologie- und Forschungspolitik aussehen?

- Welche Vorstellungen und Lösungen bietet die PDS an, damit der sozial-ökologische Umbau hierzulande mit den Interessen der Länder des Südens und des Ostens in Einklang gebracht wird? Wie kann die Solidarität mit den Menschen in diesen Teilen der Welt auf eine breitere Grundlage gestellt werden?

- Wie müssen die Lebensweisen in den Ländern des Nordens verändert werden, damit der Ressourcenverbrauch verringert wird und ein sozial-ökologischer Umbau wirklich eingeleitet werden kann?

- Was sind die wichtigsten Aufgaben zur Durchsetzung einer europäischen Öko-Union?

- Welche Alternativen will die PDS patriarchal geprägten Lebensentwürfen und konservativen Wertvorstellungen entgegensemzen?

3. Grundlegende Demokratisierung von Staat und Gesellschaft

Die PDS hat bisher wichtige Vorschläge zur Demokratisierung der Gesellschaft unterbreitet. Sie ist sich bewußt, daß sich ohne eine grundlegende Demokratisierung der Gesellschaft gesellschaftliche Alternativen und wahrhafte Reformen in den anderen gesellschaftlichen Bereichen nicht realisieren lassen. Den spürbaren Demokratiedefiziten, der Gefährdung von Rechtsstaatlichkeit sowie einer sich vollziehenden Entpolitisierung der Gesellschaft setzt die PDS ihr Konzept von der Demokratisierung der Demokratie entgegen. Dieses Konzept weiterzuentwickeln und damit mehr Öffentlichkeit zu erreichen, ist eine Herausforderung von programmatischem Gewicht.

- Welchem Demokratiebegriff folgt die PDS? Wie ist ihr Verhältnis zu Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit? Welches sind die wichtigsten Schritte zur Erneuerung und Erweiterung der Demokratie? Welche Veränderungen in der politischen Kultur strebt die PDS an, um eine grundlegende Demokratisierung der Gesellschaft zu realisieren?

- Weshalb ist eine Demokratisierung der Gesellschaft ohne Veränderungen in den Beziehungen der Geschlechter nicht möglich? Welche grundlegenden Probleme müssen nach Ansicht der PDS diesbezüglich gelöst werden und welche konkreten politischen Schritte schlägt sie dazu vor?

- Welche Vorstellungen hat die PDS zur Verteidigung und Weiterentwicklung der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland?

- Wie sieht die PDS den inneren Zusammenhang zwischen der Stärkung der Demokratie von unten und der Festigung und Erneuerung des Parlamentarismus?

Welche Auffassung vertritt sie zum Verhältnis zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Bewegung in Bezug auf mögliche gesellschaftsgestaltende und gesellschaftsverändernde Potenzen?

- Welchen Stellenwert haben Widerstand und Gegenmacht im Demokratieverständnis der PDS? Welche Rolle spielt dabei antiautoritäres und libertäres Denken?

- Wie bestimmt die PDS das Verhältnis von Opposition zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen und politischem Gestaltungsanspruch? Mit welchen Problemen, Widersprüchen und Konflikten ist die PDS in dieser Frage konfrontiert, und wie gedenkt sie damit umzugehen? Welche Chancen für eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft ergeben sich aus dem Tolerieren bzw. Beteiligen an der Regierung durch die PDS? Unter welchen Bedingungen ist die PDS in der Lage, diese Potenzen zur Geltung zu bringen? Mit welchen Gefahren ist die PDS dabei zugleich konfrontiert?

- Welche konkreten Schritte müssen gegangen werden, um die Verfügungsmacht der großen Kapitaleigentümer zugunsten gesellschaftlicher Interessen einzuschränken? Wie stellt sich die PDS vor, daß Macht und Einfluß der Banken, Versicherungen, Anlagegesellschaften, Rüstungsproduzenten, Energiekonzerne, pharmazeutischen Industrie, Medienkonzerne und der großen Bodeneigentümer einer demokratischen Kontrolle unterzogen werden können? Und welche Konsequenzen für sozialistische Politik hier und heute leitet sie daraus ab? Wie müßten die Umrisse einer modernen wirtschaftsdemokratischen Konzeption der PDS aussehen?

- Welches sind die wichtigsten Schritte zur Demokratisierung der Europäischen Union?

- Welche Vorstellungen hat die PDS zu den Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Demokratisierung internationaler Organisationen?

- Was ist gemeint, wenn von den Medien als „der vierten Macht“ in der Gesellschaft die Rede ist?

- Welche Chancen und Risiken für die Politik verbinden sich mit der Entwicklung neuer Medien in der Gesellschaft („Medien-“, „Kommunikations-“, „Informationsgesellschaft“)? Wie verhält sich die PDS zur Kommerzialisierung der Medien?

- Welche Auswirkungen haben die Medien auf die Demokratieentwicklung, und welches sind in diesem Zusammenhang grundlegende Positionen und Forderungen der PDS?

- Wie verhält sich die PDS zur Forderung nach einem „schlanken Staat“, nach Abbau der Bürokratie? Wie vereinbaren sich zunehmende Privatisierung öffentlicher Aufgaben und „Marktorientierung“ der öffentlichen Verwaltung mit Demokratisierung?

4. Internationale Friedensordnung und aktive internationale Solidarität

Der Krieg der NATO gegen Jugoslawien zeigt deutlich, daß die Nachkriegsgeschichte zu Ende ist und sich eine hegemoniale Weltordnung unter Führung der USA und unter Mitwirkung Deutschlands herausbildet. Die Fragen von Krieg und Frieden sind wieder hochaktuell. Nicht nur die PDS, sondern alle linken Kräfte sind herausgefordert, ihre Vorstellungen von einer neuen, friedlichen und solidarischen Weltordnung auszuarbeiten und den vorherrschenden Bestrebungen entgegenzustellen. Die PDS wendet sich entschieden gegen Krieg und militärische Gewalt als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“.

- Wie kann der Frieden unter den heutigen Bedingungen gesichert werden? Wie müßte eine neue Friedensordnung in einer veränderten Welt aussehen? Wie kann ein System gemeinsamer Sicherheit und friedlicher Konfliktlösung in Europa und



weltweit institutionalisiert und ausgestaltet werden?

- Welche konkreten Forderungen verbinden sich heute mit dem konsequenten Antimilitarismus der PDS?

- Welche Vorstellungen vertritt die PDS zur Demokratisierung und Stärkung der Vereinten Nationen und zur Perspektive der internationalen Rechtsordnung?

- Welche Vorschläge hat die PDS zur Erhöhung der Wirksamkeit von Nichtregierungsorganisationen und anderer zivilgesellschaftlicher Akteure in der internationalen Politik?

- Welche Forderungen vertritt die PDS zur Solidarität mit den Völkern des Südens, zur Minderung von Armut und Umweltzerstörung in der Welt? Welchen Beitrag haben dazu die Bundesrepublik und die Europäische Union zu leisten?

- Welche Vorstellungen und Forderungen

gen verbinden sich heute generell mit dem Prinzip der internationalen Solidarität?

- Wie stellt sich die PDS die Osterweiterung der Europäischen Union vor?

5. Auseinandersetzung mit der Geschichte

Die PDS trägt eine besondere Verantwortung für ihre Geschichte und die der DDR, trennt sie jedoch nicht von der Auseinandersetzung mit der Geschichte auch der Bundesrepublik.

Im Parteiprogramm haben wir im zweiten Teil ausführlich das Scheitern des sozialistischen Versuchs behandelt. Dabei wurden die Berechtigung und Rechtmäßigkeit einer über den Kapitalismus hinausgehenden Entwicklung verteidigt und Ursachen für den Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa und in der DDR einschließlich der Fehler, Irrwege, Versäumnisse und selbst Verbrechen benannt.

Hieran anknüpfend, könnten die zahlreichen Debatten, die Erfahrungen der vergangenen sechs Jahre und die weiter fortgeschrittenen wissenschaftlichen Erkenntnisse für genauere Positionsbestimmungen genutzt werden. Verklärung der DDR und der Geschichte der sozialistischen Bewegung würde uns an den notwendigen Schlussfolgerungen für den Kampf um einen demokratischen Sozialismus hindern. Ihre Verteufelung würde die PDS der Kraft berauben, die eine kritische Aneignung der Vergangenheit geben kann.

- Worin sieht die PDS ihre geschichtlichen und geistigen Wurzeln?

- Wie bewertet die PDS den „realen Sozialismus“ in der DDR und in vergleichbaren Ländern? An welchen strukturellen Problemen und Defiziten ist der „reale Sozialismus“ gescheitert? Welchen Einfluss hatten darauf innere und äußere Faktoren?

- Welche Wertorientierungen, Elemente der Lebensweise und des Zusammenlebens der Menschen in der DDR haben sich aus welchen Gründen im vereinten Deutschland erhalten und sind für eine demokratisch-sozialistische Partei bewahrenswert?

- Wie bewertet die PDS die Geschichte der deutschen Zweistaatlichkeit im 20. Jahrhundert, und welche Hauptlehrnen zieht sie daraus für die Zukunft des vereinten Deutschlands? Welche Beziehung hat die PDS zur Geschichte der Bundesrepublik bis 1989/90?

- Inwieweit haben sich in den vergangenen zehn Jahren im Selbstverständnis der PDS Veränderungen vollzogen?

- Wie wurden die selbst gestellten Ansprüche an die Verkörperung eines anderen Politikstils und einer anderen politischen Kultur in der PDS eingelöst? Vor welchen neuen Herausforderungen steht die PDS?

- Von welchem Politikverständnis lässt sich die PDS leiten?

Kein Mensch ist illegal

Ein Handbuch zu einer Kampagne

Einen Ort der Gefangenschaft, so nennt Joseph Vogl heute das politische Asyl. Obwohl „Asyls“, grch., das Gegenteil bedeuten müßte, nämlich sicher, unverletzt, unberaubt, eine Frei- und Zufluchtsstätte. Die harten Wirklichkeiten europäischer Interessen haben den Begriff längst pervertiert.

Viel ist in den letzten Jahren zu dieser Thematik schon geschrieben worden; und es scheint ein Hinweis darauf zu sein, daß nicht alle die herrschende Logik begreifen wollen, um wieviel mehr mit Begriffen wie „Menschenhändler“, „Wirtschaftsflüchtling“ und „das Europa der Menschenrechte“ das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit hinwegdefiniert werden soll. Zugleich sind die Stimmen derer, die dieses Recht einfordern, in den letzten Jahren aber auch deutlicher geworden. Ein weiteres Stimmenbild hat nun die Initiative „Kein Mensch ist illegal“ vorgelegt. Es enthält ein Spektrum von Textbeiträgen in Form von kurzen Analysen, Interviews mit Beteiligten, hilfreichen Erfahrungen und Hauptknotenpunkten zukünftiger Auseinandersetzungen.

Ein einfacher Mann aus Hessen bringt eine Familie nach England, wird dort erwischt und kassiert fünf Jahre Gefängnis. Zivilcourage eines einzelnen, es ist kaum bekannt. Über Abschiebemaschinen ist häufiger berichtet worden; viele entziehen sich dieser „Raus“-Politik. Leben in der Illegalität aber macht krank; an verschiedenen Orten entstehen neben den Zufluchtsprojekten auch medizinische Anlaufstellen, die sich die Vermittlung von hilfsbereiten Ärztinnen zur Aufgabe gemacht haben. Seit den Veränderungen des ursprünglichen Begriffs von

Asyl hat vieles einen konkreteren Ausdruck angenommen: Grenzüberschreitungen in jeder Hinsicht sind notwendig, z.B. Grenzaktionen an der polnischen, an der dänischen Grenze, Aktionen gegen Abschiebungen, das Wanderkirchenasyl in Nordrhein-Westfalen.

In den vergangenen zwei Jahren, seit die Initiative sich zum ersten Mal öffent-



lich vorgestellt hat, sind Netzwerke entstanden, die beginnen, sich länderübergreifend zu organisieren. Dies ist auch dringlich erforderlich, da die sogenannten Schengen-Staaten bereits über den seit 1.4.99 gültigen Vertrag von Amsterdam – der Maastricht ablöste – auf noch niedrigerem, d.h. deutschem Niveau miteinander kooperieren. Für den Herbst wird sich in Finnland die Europäische Union über ein Papier aus Österreich – „Zur Notwendigkeit einer europäischen Einwanderungspolitik“ – unterhalten, in dem zwei Prinzipien festgehalten werden: die „Maßnahmen zur Steuerung oder Eindämmung der Migrationsströme“ wie auch „Lastenteilungsmechanismen in einem Kontingentverfahren“ abseits des Rechts auf Asyl. Internationale Konventionen sind längst schon über Bord geworfen worden, gleichwohl behaupten die verantwortlichen Instanzen, sie zur Basis ihrer „Eindämmung“ zu machen.

Das Handbuch bietet zwar keinen umfassenden Einblick in diese Politik, es leitet seinen Anspruch, einen konkreten Beitrag zum Widerstand zu leisten, auch eher aus praktischen Ansätzen ab. Insoweit geben die Diskussionen aus dem Wanderkirchenasyl um ein häufig theoretisiertes Problem, den Paternalismus als eine Form des Rassismus, wie auch um das Selbstverständnis der Karawane der MigrantInnen einen guten Einblick in die realen Dimensionen. Viel zu wenig wird mit den Betroffenen diskutiert, viel häufiger wird über sie „das Politische“ definiert.

Das Buch erscheint in einer Phase der notwendigen Neubestimmung der antirassisti-



schen Bewegung, nachdem sich bisherige Oppositionsfraktionen sang- und klanglos von ihren bisherigen Parolen scheinbar asylfreundlicher Parteinaahme verabschiedet haben. Die damit zurückgelassenen Leerstellen sind noch nicht wieder aufgefüllt worden, da sich auch Gruppen wie Pro Asyl oder landesweite Flüchtlingsräte über ihre weitere Vorgehensweise nicht klar sind. Um so notwendiger ist die Bestimmung eigener Inhalte und Positionen, zu denen das Buch ein Beitrag leisten kann. Ein Migrant aus Kongo-Zaire: „Ich denke, wenn die europäischen Regierung versuchen, ihre Politik zu harmonisieren, dann müssen auch wir europaweit unsere Kämpfe abstimmen.“ *mc*

kein mensch ist illegal, Ein Handbuch zur Kampagne, Hrsg cross the border, ID-Verlag 1999, 144 Seiten, 15 DM



DDR-Botschafter erinnern sich

Auslandserlebnisse während der Wende

Ob das Buch ein Bestseller wird, wird sich bald herausstellen. Fest steht heute schon, daß es einmalig ist, daß fünfzehn Diplomaten – noch dazu Ex-DDR-Diplomaten – in einer Anthologie ihre Erinnerungen an das Jahr der Wende im Ausland niedergeschrieben haben. Den Anstoß dazu hatte vor zwei Jahren Günter Gaus gegeben. In einem Vortrag sagte er: „Es wäre schade, wenn das Wissen und die Geschichten in Ihren Köpfen (denen der ehemaligen DDR-Diplomaten) verloren gehen würden. Man müßte sie aufschreiben.“ Birgit Malchow (Jg. 1958), Diplom-Journalistin und ehemals Presse-Attaché in Belgrad, nahm sich dieses Anliegen an. Mit Hilfe und Unterstützung des Präsidenten des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e.V. erkämpfte sie sich geradezu die Belegschaft von fünfzehn ehemaligen Botschaftern, über die letzten Monate ihrer Tätigkeit und ihre Erlebnissen etwas zu

Papier zu bringen. Einige von ihnen wurden durch Birgit Malchow interviewt, ja man kann schon sagen, regelrecht ausgefragt. Die Berichte und Interviews geben einen tiefen Einblick in die Gedankenwelt und die Lebensauffassungen von Profis in der außenpolitischen Sphäre der Regierungspolitik eines Staates, der sich 1989/1990 schlechend auflöste. Sie machen deutlich, mit welch hoher Verantwortung und Toleranz, aber auch Bitternis im Herzen, diese Männer und Frauen ganz professionell ihre Aufgabe für die DDR im Ausland erfüllt haben. Sie waren wirklich, zumindest in der überwiegenden Mehrzahl, diejenigen Letzten, die das Licht in den Botschaften ausmachten.

Mit analytischer Gründlichkeit, wie es mal Diplomaten eigen ist, berichten Prof. Dr. Siegfried Book (Belgrad), Dr. Joachim Middank (Großbritannien), Wolfgang Bayerlacher (Äthiopien), Lothar Zöller (Mongolei) oder Gerhard Herder (USA) – um nur einige zu nennen –, was in den Auslandsvertretungen der DDR in den dramatischen Monaten der Wende vor sich ging, wie die Beziehungen zwischen der untergehenden DDR und ihren Gastländern entwickelt waren.

Nicht unerwähnt lassen die einstigen Botschafter der DDR ihre kritischen Analysen der Entwicklung in ihren Gastländern. Siegfried Bock, Botschafter in Jugoslawien, schreibt z.B.: „Auch mir war klar, daß der allgemeine Trend des Auseinanderfallens der Föderation nicht aufzuhalten sei. Mußte man ihn aber durch eine übereilte Anerkennung forcieren?“ (S. 25). Die oft an ihn gestellte Frage, ob 1990 der Bürgerkrieg in Jugoslawien schon vorauszuahnen war, beantwortet er mit einem zögerlichen „Nein, eine Auseinandersetzung dieses Ausmaßes konnte damals niemand prognostizieren.“

Joachim Middank (Botschafter in Großbritannien und Irland) berichtet mit einer Vielzahl praktischer Beispiele, wie die DDR in Großbritannien betrachtet wurde. Mag es während seines ersten Städtebesuches in Coventry gewesen sein, wo er hörte, wie hoch die Städtepartnerschaft mit Dresden eingeschätzt wurde, oder auch die Erinnerungen eines ehemaligen Angehörigen der britischen Fallschirmjägereinheit, die im Frühjahr 1945 Wismar befreite.

Middank erinnert an ein Interview von Frau Thatcher im „Wall Street Journal“ vom 26. Januar 1990 zur deutschen. Frage: „Wenn die deutsche Einheit zu schnell kommt, würde das möglicherweise enorme Probleme für Gorbatschow schaffen, der darüber stürzen könnte, was eine Katastrophe wäre.“ (S. 90) Der inzwischen verrentete Botschafter erinnert aber auch an die scharfe Kritik der britischen Regierungschefin an der BRD-Regierung. Kohl und Genscher sollten ihre „engen nationalistischen Ziele den langfristigen Bedürfnissen Europas unterordnen.“

Lothar Zöllner (Botschafter in der Mongolei) weist darauf hin, daß die Weisung der im März 1990 neu gewählten Regierung lautete, quasi alle Aktivitäten der DDR-Botschaft mit denen der Bonner Vertretung im Gastland abzustimmen. Eine Weisung, die alle DDR-Botschaftern von Außenminister Markus Meckel bekamen. Nur was tun, wenn es in Ulan Bator keine BRD-Botschaft gab. Zöllner hat mit Hilfe belgischer und österreichischer Diplomaten die BRD-Botschaft in Moskau zur Vorbereitung einer planmäßigen Abwicklung der DDR-Botschaft geeignete Vertreter nach Ulan Bator zu schicken (S. 258). Der Beauftragte der BRD-Vertretung schien zuerst Berührungsängste vor den DDR-Diplomaten zu haben. Er unterhielt sich lieber mit dem Hausmeister der DDR-Botschaft als mit den Diplomaten. Bei der Besichtigung der Wohnungen, von Botschaftsmitarbeitern meinte er: „Das sind ja Karnickelställe. Die würden BRD-Diplomaten niemals beziehen.“ Der Mann änderte im Laufe seines Aufenthaltes seine Meinung, sicher auch unter dem Einfluß des amerikanischen Gesandten, der ihm gesagt haben soll: „Als wir in Ulan Bator anfingen, wollten wir auch große Kartoffeln. Heute sind wir mit kleinen zufrieden.“

Beeindruckend ist der Bericht des Botschafters der DDR in den USA, Dr. Gerhard Herder. Er hatte es besonders schwer, die Fragen zur bevorstehenden Vereinigung von DDR und BRD zu beantworten. Das schon deswegen, weil er – wie auch alle anderen Botschafter – außer der täglichen Presseübersicht so gut wie keine Argumentationen oder Gesprächshinweise seiner Regierung bekam. „Was für einen Sinn soll die Vereinigung haben?“ oder „Was macht die DDR-Botschaft überhaupt in den USA?“ waren solche Fragen. Ihm, wie auch dem Botschafter Dr. Siegfried Zachmann bei den Vereinten Nationen, blieb es selbst überlassen, die Frage zu beantworten, warum sie ihren eigenen Regierungschef, Lothar de Maizière, während seines offiziellen USA-Besuchs, nicht begleiten durften. Dafür begleiteten zahlreiche Berater aus Bonn den frei gewählten DDR-Premier.

Das Buch wird zum Nachdenken anregen. Der Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker schreibt „Zum Geleit“: „Für das historische Verständnis ist es aber von Wert, nachzulesen, wie führende Mitglieder des Außenministeriums der DDR während jener Zeit der Teilung und insbesondere in den dramatischen Monaten der Wende gedacht und gehandelt haben.“ Es sei genauso notwendig, „sich gegenseitig zuzuhören, vielleicht sogar aus unterschiedlichen Erfahrungen etwas voneinander zu lernen.“

Franz-Karl Hitze
Birgit Malchow (Hrgin): Der Letzte macht das Licht aus. Wie DDR-Diplomaten das Jahr 1990 im Ausland erlebten. Verlag edition ost AG, Berlin, 1999, 308 S, brosch. 24,80 DM.

12. bis 15. August 1999

Linke Sommerschule 1999

ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in und bei der PDS



Die Linke Schule findet seit 1992 zweimal jährlich in drei Kursen statt.

AG Wirtschaft

In der AG Wirtschaft wollen wir in diesem Sommer die Auseinandersetzung mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung beginnen. Zur Einleitung wollen wir uns anhand klassischer Texte auseinandersetzen mit folgenden Themen:

I Wirtschaftssubjekte, Wirtschaftsgesinnung, Wirtschaftsmethode (Donnerstag, Freitag)

- Der Staat als Wirtschaftssubjekt, Geschichte der Steuer
- Der Staat als Ordnungsmacht (Extrem Militär) und seine Finanzierung
- Der Staat als Vorsorgeeinrichtung (Extrem Kommunen) und seine Finanzierung
- Die Familie als Wirtschaftssubjekt, Übertragung von Vermögen und Kulturtechniken, Erbrecht, ihre Finanzierung durch Lohnarbeit und Kapitaleinkünfte
- Das Privatunternehmen, Gewinn und Erfolgsrechnung, Bilanz
- Privatunternehmen / Genossenschaften – Unterschiede in Wirtschaftsgesinnung und Wirtschaftsmethode

II Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (Samstag/Sonntag)

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden die verschiedenen Wirtschaftssubjekte zueinander in quantitative, in Geldwerten ausgedrückte Beziehung gesetzt. Die Wirtschaftspolitik arbeitet dann mit diesen Größen. Die Unterschiede in Wirtschaftsgesinnung und Wirtschaftsmethode, die in den einzelnen Bereichen gelten, sind in diesen Daten ausgelöscht. Dadurch wird das Verständnis der wirklichen Bewegung bedeutend erschwert. Wir wollen untersuchen, ob der Rückbezug auf die unterschiedlichen Wirtschaftssubjekte, ihre unterschiedliche Methodik und, daraus folgend, ihre unterscheidbaren Interessen den Zugang zur wirtschaftspolitischen Diskussion erleichtert.

Vorbereitungsgruppe: Christoph Cornides, Martin Fochler, Rüdiger Lötzter. Wer Anregungen hat oder bei der Vorbereitung mitmachen kann – bitte melden bei: GNN Stuttgart, Tel. (07 11) 62 47 01, Fax (07 11) 62 15 32. Wir wollen in den nächsten Wochen das Material zusammenstellen.

AG Philosophie

Vernunftdenken versus Sittlichkeitsdenken in der Entwicklung des internationalen Rechts (Völkerrechts).

Vom christlichen Entwurf des internationalen Rechts zur aktuellen Umwälzung desselben durch EU und NATO. Vermengung von Recht und Moral, d.h. durch Sittlichkeitsdenken geprägtes Rechtsverständnis) im christlichen Entwurf des internationalen Rechts vor Grotius: Hier ist der durch den sittlichen Anspruch herbeigeführte Zwang zur Unterscheidung von Gut und Böse angesiedelt: Das Recht legitimiert den Kampf für die „bessere Sache“. Stichwort: Kreuzzüge.

Mit Grotius hebt die naturrechtlich begründete Abgrenzung des Rechts / Rechtssystems gegen die moralischen Normen an. „Kant vollendet die Entwicklung und setzt Recht und Moral endgültig als voneinander unabhängige Werte.“ (Franz Neumann, „Behemoth“...) In dieser Entwicklungslinie ist folgendes der Fall: Im Sittlichkeitsdenken hatten und haben die „Menschenrechte“ eine missionarische Funktion – sie sind die Entäußerung der besseren Welt. So legitimieren sie Expansion bzw. Kolonialisierung. Im modernen Stadium werden die Menschenrechte den Völkern zugeordnet – sie werden herausgelöst aus dem Zusammenhang, in dem sie einen vernünftigen Platz haben: im innerstaatlichen Bereich und im Krieg bzw. in den Kriegshandlungen.

Die NS-Völkerrechtslehre erklärte die Beziehungen zwischen den deutschsprachigen Bevölkerungsteilen in den ost-/südosteuropäischen Staaten und der übrigen Bevölkerung zu „völkerrechtlichen Beziehungen“ – und gab diesen Beziehungen eine menschenrechtliche Definition. Bei Carl Schmitt erhält diese Umdeutung innerstaatlicher Verhältnisse die Bedeutung eines „völkerrechtlichen Großraumprinzips“: „Es ist ... eine der heutigen politischen und geschichtlichen Lage des Deutschen Reiches wie des osteuropäischen Raumes entsprechende Anwendung des völkerrechtlichen Raumordnungsgedankens ...“ (Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte, IV. Kapitel)

Wie in den bisherigen Kursen lesen wir die ausgewählten Texte gemeinsam und diskutieren sie. Die Textmappe liegt zu Kursbeginn vor.

AG Geschichte

Die „Eigentumsfrage“ in deutschen Verfassungen und die aktuelle Programmdiskussion der PDS

Folgende Themen wollen wir in der AG Geschichte unter dem Stichwort „Eigentum“ behandeln:

1. Die Herausbildung des Rechts auf „Privateigentum“ mit der bürgerlichen Gesellschaft und der Niedergang des Feudalismus. Unterpunkt: „Eigentum“ in den Verfassungen von 1794 bis heute
2. „Sozialisierung“ konkret betrachtet: Auseinandersetzung um die Landesverfassung im Jahre 1946 und folgende Eigentumsrechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.
3. „Das Eigenheim“, seine historischen Wurzeln und die aktuelle Diskussion heute. Lesen und diskutieren, u.a. aus: P. Bourdieu, „Der Einzige und sein Eigenheim“, VSA-Verlag. Das „Eigenheim“ vor und nach der Wende in der DDR.
4. Kritische Auseinandersetzung über verschiedene Eigentumsformen in der DDR
5. Genossenschaftsdiskussion in der PDS

Wann?

Donnerstag, 12. August, Beginn 14 Uhr, bis Sonntag, 15. August, mittags

Wo?

Jugendherberge „R. Breitscheid“, 99894 Friedrichroda, Waldstr. 25

Unterbringung und Verpflegung in der Jugendherberge: DM 40,- täglich (Übernachtung: DM 14,-, Frühstück: DM 8,-, Mittagessen: DM 10,-, Abendessen / kalt: DM 8,-). Die Unterbringung erfolgt in 2-, 4- oder 6-Bett-Zimmern. Bettwäsche kann gegen einmalig DM 6,- ausgeliehen werden.

- Bahn: bis Eisenach, Fröttstädt (von dort mit dem Triebwagen weiter nach Friedrichroda, z.B. ab 11.22, 12.22, 13.22 Uhr) oder bis Gotha, Anschlußzug Friedrichroda oder Thüringer Waldbahn
- Auto: über die BAB 4 Abfahrt Waltershausen/Friedrichroda



KAZ

Kommunistische
Arbeiterzeitung Nr.292 2 DM

Hinein in die
Gewerkschaften
Kein Frieden mit
dem Kapital!

Deutschland führt wieder Krieg!

erscheint vierteljährlich
Einzelheft 2 DM
Jahresabo 15 DM

Redaktion der
Kommunistischen Arbeiterzeitung
Schweppermannstr. 19
90408 Nürnberg

Tel/Fax: 0911-356913